

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Bräunerstr. 9/1, und durch Postanstalten zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. 7 Bände die Post bezogen M. 2.80, frei ins Haus M. 3.00, wo keine Post am Orte, M. 3.24.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgeld: Betrag für die einjährige Colonatzeit über Herrn Mann 20 Pf. Rückübertrag 40 Pf. Doppelporto 10 Pf. 10 Pf. Infanterie für Arbeitsnachricht 15 Pf. Ausdrücke 25 Pf. Verordnungen 15 Pf. 15 Pf. Infanterie für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in den Expeditionen abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 227.

Breslau, Sonnabend, den 27. September 1913.

24. Jahrgang.

## Religion in der Klasse.

### Vom Gewissenszwang der Volksschullehrer.

Wir erhalten von einem Volksschullehrer a. D. folgende Zuschrift:

Die heftigen Volksschullehrer haben einen Erfolg zu verzeichnen, um den sie von ihren preussischen Kollegen sehr beneidet werden dürften: sie sind von der Verpflichtung zur Erteilung des Religionsunterrichts befreit worden, und wenn sich die Zulassung auch einholen an die Bedingung knüpft, an Stelle des Religionsunterrichts ein paar Fachstunden (Arten oder Zeichen) zu übernehmen, so ist doch die rechtliche Hoffnung vorhanden, daß bei der Revision der Schulgesetze die Verpflichtung zur Uebernahme des Religionsunterrichts durch die Lehrer ganz beseitigt wird.

In Preußen werden selbst die unverbesserlichsten Diktatoren unter den Lehrern solche Perspektiven mit Kopfschütteln ins Reich der Märchen und Luftschlöcher verwelteln, obgleich sich auch bei ihnen die Erkenntnis immer stärker Bahn zu brechen scheint, daß es eines Erziehers un- und unmöglich sei, etwas zu lehren, das er selber nicht glaubt. Wie oft habe ich vor Beginn und nach Schluß der Religionsstunde mit den Kollegen über die Zumutung debattiert, die Wunder des alten und neuen Testaments im Sinne einer orthodoxen Betrachtungsweise behandeln zu müssen. Wie oft hat jeder von uns auf den Gesichtern selbst der acht- und zehnjährigen Schüler und Schülerinnen den Zweifel gelesen, der deutlich den Worten widerspricht, die sie auf manche Fragen der Heilsgeschichte und des Katechismus geben mußten, wenn sie ihr Zeugnis nicht durch den Schandfleck „Religion“ ungenügend bekräftigen wollten. Denn die Zeit liegt noch garnicht weit zurück, wo die „Religion“ des Kindes nach der Anzahl von Sprüchen und Kirchenliedern zensiert wurde, die es seinem Gedächtnis mit mehr oder weniger Mühe eingequält hatte. Erst in den letzten Jahren ist der Lehrplan unserer Volksschulen von dem Ballast eines Memorierstoffes befreit worden, der zur Gemüts- und Verstandesbildung der Kinder gleich überflüssig war und höchstens zur Apathe und zum Widerwillen gegen Schule und Lehrer führte. Ich gehöre somit nicht zu den Aengstlichen, die unsere Jugend vor jeder „Mehrarbeit“ in Schutz nehmen, wie oft aber hat diese Art von Ueberbürdung dem Ansehen der Schule geschadet. Selbst die Autorität des Erziehers ist gefährdet, wenn er in der Religionsstunde altflugen Kindern, die längst zu Skeptikern geworden sind, die widerspruchsvollsten Dinge zu erklären sucht. Wodurch nicht zum Popanz, zum Götzen? Er muß es werden. Denn letzten Endes erinnert seine Doktrin doch allzu sehr an die Ammenmärchen einer überwundenen Zeit. Würde sich zum Beispiel ein Lehrer finden, der es wagte, seinen halbwüchsigen Schülern die Fabel vom Klapperstorch zu erzählen?

Mit anderen Worten: das geistige Gängelband, an dem der Staat die junge Generation in seine Interessensphäre ziehen will, darf nicht in der Religionsstunde gedreht werden. Wir nähern uns der Zeit, die Friedrich des Großen Motto Rechnung trägt, daß jeder nach seiner eigenen Façon selig werden kann. Zudem wissen wir längst, daß die „Religion“ nicht mehr nur durch Kirche und Schule da ist. Man ist sich endlich bewußt geworden, daß Konfession oder Religion und Religiosität noch lange nicht dasselbe bedeuten, und wenn unsere Zeit gleich von der orthodoxen Kirche nichts mehr wissen will, so läßt sie sich dennoch — oder gerade deshalb — die Religiosität nicht abprechen. Wir leben augenblicklich in einer Epoche, deren reformatorische Arbeit auf kirchlichem und religionswissenschaftlichem Gebiet der Reformation durch Luther in seiner Weise nachsteht, auch wenn sie nicht so eruptiv vor sich geht, wie die Befreiungstat jenes leidenschaftlichen Mönches. Die Lehrer stehen in ihrer Mehrzahl nicht mehr im Banne jener überlebten Tradition, die die strenge Ordnung als das einzige Mittel der Erziehung pries. Sie können deshalb den Religionsunterricht nicht mehr in Anschlag bringen mit ihrer inneren Ueberzeugung. Darum müssen sie als ehrliche Menschen dahin streben, von der Verpflichtung zur Erteilung des Religionsunterrichts befreit zu werden.

Das schließt natürlich nicht aus, daß auch in Zukunft Lehrer gern und aus innerem Antriebe das Religionsfach in der Schule vertreten. Es ist eben Sache des Einzelnen, sich mit dieser Frage abzufinden. Nur die zwingende Weise der Verallgemeinerung unter dem Druck des Amtes ist das pädagogisch Verwerfliche dabei. Der Gewissenskonflikt des Lehrers muß beseitigt werden. Das ist der Staat dem Manne schuldig, von dem so gern gesagt wird, er habe Schlachten und Kriege gewonnen. Gerade die besten und innerlichsten Vorkommnisse, durch deren Mechanismus und Unpersönlichkeit aller Art gehindert werden, den Kindern ihr Bestes zu geben. Es ist schon ein halbes Jahrhundert, seitdem Ernst Renan betonte, daß Freiheit und Trennung das Ideal sei, nach dem auch die Schule streben

müsse. Und heute hocken wir noch immer zögernd und mutlos an dem Wege, der ins Weite führen soll.

Über im Hesselande beginnt es licht und lichter zu werden. Der Anfang ist da. Möchte der preussische Volksschullehrer hinter dem Nachbar Kollegen nicht zurückbleiben. Allerdings steht die Schule bei uns zurzeit unter keinem günstigen Stern. Die Reaktionen sind wieder an der Arbeit, um jede Möglichkeit des Fortschritts zu unterbinden. Darum, meine alten Kollegen: Das Ziel ins Auge und vorwärts marsch! Der Lehrerstand hat durch zähe Energie schon viel erreicht. Warum sollte die Beharrlichkeit hier nicht zum Ziele führen. Nur eins tut not: der Glaube an den Sieg. Und diesen Glauben muß der Lehrer haben.

## Politische Uebersicht.

### Die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise.

Die linksliberale Presse beschäftigt sich seit einiger Zeit sehr lebhaft mit der Frage einer Neueinteilung der Reichstagswahlkreise. Dieser Eifer ist mehr als begreiflich, ja man muß sich wundern, daß der Liberalismus es so lange Zeit der Sozialdemokratie allein überlassen hat, in dieser Frage den Standpunkt der demokratischen Gerechtigkeit zu vertreten. Denn keine Partei wird durch die bestehende Ungleichheit der Wahlkreise schwerer getroffen als der Liberalismus, und niemand zieht aus ihr mehr Gewinn als die Parteien des sogenannten schwarz-blauen Blocks.

Bei den letzten Reichstagswahlen wurden im ersten Wahlgang 3,3 Millionen nicht-liberale und fortschrittliche Stimmen abgegeben. Im ersten Wahlgang wurden aber nur 4 Nationen liberaler gewählt und kein einziger Fortschrittler. Dagegen hatte die Sozialdemokratie mit 4,25 Millionen Stimmen gleich 61 Mandate geholt; die Reichsparteien, einschließlich des Zentrums, erzielten aber mit 3,9 Millionen Stimmen im ersten Wahlgang gar 115 Mandate. Der Liberalismus war also darauf angewiesen, fast alle seine Mandate in den Stichwahlen zu holen, und seine Stellung als verhandlungsloser Teil bei den verschiedenen Wahlabkommen war durch das Ergebnis des ersten Wahlgangs erheblich geschwächt. Auch das Schlussergebnis war natürlich für den Liberalismus äußerst unbefriedigend; er brachte es bei den Stichwahlen nur auf insgesamt 85 Mandate, während der schwarz-blaue Block nicht weniger als 167 Mandate eroberte, sodaß er mit Oesterreich, Dänemark und Polen eine wenn auch schwache Mehrheit bilden konnte. Das Resultat wurde erst durch die Nachwahlen ein wenig zu Gunsten der Linken verschoben.

Das Ergebnis erscheint für den Liberalismus noch ungünstiger, wenn man die Sozialdemokratie mit in Rechnung zieht. Liberale und Sozialdemokraten brachten es zusammen mit ihren 7 1/2 Millionen Stimmen auf nicht viel mehr Mandate, als die Schwarz-Blauen mit knapp 4 Millionen Stimmen. Eine gerechte Wahlkreiseinteilung würde den Liberalismus in die sichere Lage versetzen, entweder mit der Sozialdemokratie oder mit den anderen Parteien eine Mehrheit bilden zu können; er würde dann als ausschlaggebende Partei die Situation im Reich für absehbare Zeit sicher beherrschen.

Man muß sich also wundern, daß der Liberalismus nicht schon längst gegen dies eingeleitete Wahlkreisunrecht zum Sturm übergegangen ist, und man muß sich umso mehr wundern, daß selbst jetzt nur der linke Flügel des Liberalismus in Bewegung geraten ist, und daß selbst er sich auf Teil- und Modifikationen beschränken will. Statt die Ausführung des Reichswahlgesetzes zu fordern, das die Bildung von Wahlkreisen mit 100.000 Einwohnern und die zeitweise Erneuerung der Kreise in Aussicht nimmt, quält man sich mit wahlkreisgeometrischen Kunststücken, die sich darauf beschränken, eine kleine Vermehrung der Mandate für die Reichswahlkreise durchzuführen.

So bringt jetzt wieder die „Vossische Zeitung“ einen Artikel, in dem gezeigt wird, daß die 17 Reichswahlkreise von Berlin, Leltow, Hamburg, Dresden, Leipzig und München fast 17 Abgeordnete deren 44 haben müßten, wovon dann 25 auf die Sozialdemokraten, 14—16 auf die Liberalen, 3—5 auf die Rechte entfallen würden. Man sieht nicht ein, welchen Zweck diese Zahlenpielererei haben soll, da sich eine Neueinteilung der Wahlkreise unmöglich auf die genannten Bezirke beschränken könnte. Selbstverständlich würden, wenn der Kreise einmal angefaßt wird, auch andere Kreise, zum Beispiel die Reichswahlkreise des industriellen Westens, Berücksichtigung verlangen. Zeigt man einen großen Wahlkreis auf, einen anderen ebenso großen oder nicht, so ist das eine offene Ungerechtigkeit. Man müßte also dazu kommen, die Neueinteilung von einer bestimmten Zahlengrenze an vorzunehmen, sodaß jeder Wahlkreis mit so und so viel Wählern ein Recht auf Neueinteilung hätte, die anderen, kleineren aber nicht.

Eine teilweise Neueinteilung resp. die teilweise Einführung der Verhältniswahl kann nur in Betracht kommen, wenn sich einwilligen nicht mehr erreichen läßt, wenn der Weg zu weiteren Reformen damit nicht verbar, sondern freigelegt und die Sozialdemokratie als voll-

kommen gleichberechtigt behandelt wird. Die Obersten haben aber bisher noch nicht einmal versucht, der grundsätzlichen Forderung einer allgemeinen Neueinteilung im Sinne des geltenden Gesetzes Geltung zu verschaffen. Da muß ihnen denn mit aller Entschiedenheit gesagt werden: So geht's nicht!

### Die Christlichen gegen das Scharfmacherkartell

In einer Versammlung der katholischen Arbeitervereine in Münster i. W. kam der Arbeitersekretär Giesberts aus M. Gladbach auch auf das Kartell zu sprechen, das in Leipzig zwischen dem Zentralverband deutscher Industrieller, dem Bund der Landwirte und dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband gegründet wurde. Giesberts führte unter anderem aus:

„Die Vereinigung nenne sich ein Kartell der schaffenden Stände, eigentlich hätte sie sich ein Kartell der scharfmacherischen Stände nennen müssen. Für die christlich-nationale Arbeiterbewegung sei diese Verbrüderung außerordentlich betrübend. Man könne aus der Leipziger Tagung herauslesen, daß sich die drei Interessensverbände zusammengeschlossen hätten, um möglichst hohe Lebensmittelpreise einzuführen, um die Arbeiterbewegung und die Arbeiterkonsumvereinsbewegung zu unterdrücken. Dagegen müßten die Arbeiter sich auch zusammenschließen, um diese Absichten energisch abzuwehren.“

Was man dann weiter in Leipzig unter Arbeiterschutz verstanden wissen wolle, sei nichts weiter als eine Knebelung der Gewerkschaften, die gehindert werden sollten, durch einen Streik einen Druck auf die Arbeitgeber auszuüben. Wahrscheinlich werde noch eine Kundgebung erfolgen durch einen allgemeinen christlich-nationalen Arbeitertag, der zu den Fragen Stellung nehmen soll.“

Diese Ausführungen Giesberts gefallen der „Post“ so wenig, daß sie hierzu bemerkt:

„Die Töne, die hier Herr Giesberts anzuschlagen für gut befunden hat, muten herab sozialdemokratisch an, daß man solche Äußerungen eines Zentrumsabgeordneten nur bedauern kann.“

Die Christlichen sehen wieder, daß sie von den Scharfmachern mit den Sozialdemokraten in einen Topf geworfen werden, sobald sie ernstlich beginnen, die Interessen der Arbeiter zu wahren. Die Konsequenz der Worte Giesberts sollte sein, daß die Christlichen im Kampfe gegen die Scharfmacher sich mit den freien Gewerkschaften verbinden. Das erscheint um so nötiger, als die Scharfmacher in Zukunft alle Armeen gegen die organisierte Arbeiterkraft werden springen lassen. Es wurde nicht nur das „Kartell der scharfmacherischen Stände“ gegründet, sondern auch die Handlanger der Scharfmacher, die Geschäftsführer der deutschen Arbeitgeberverbände, sind bereits für die kommenden Kämpfe geschärft worden. Sie tagten in den letzten Tagen in Jena und beschäftigten sich eingehend mit der Boykottfrage und mit anderen einschlägigen Themen. Nähere Berichte fehlen bis jetzt; aber sicher ist, daß die Verhandlungen nicht im Interesse der Arbeiter geführt wurden.

### Eine fatale Geschichte.

Schlimmeres konnte den konservativen Stützen von Thron und Altar nicht leicht passieren, als die in einer Gerichtsverhandlung zu Waren i. M. gemachte richterliche Feststellung, daß der Versuch des konservativen Vorstandesmitgliedes Reinholz, bei der Reichstagswahl von 1912 die sozialdemokratischen Stimmen auf die konservative Seite hinüberzuführen, höchstwahrscheinlich im Auftrag und mit Wissen der konservativen Partei vorgenommen worden sei. „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ mühen sich mit vereinten Kräften, diesen Fleck auf der Ehr' abzuwaschen, über den sich die liberale Presse reichlich amüßert.

Die „Kreuzzeitung“ sucht ihre Anlehnung an einen Reichstagsmitglied Reinholz, die Sache so darzustellen, als ob Herr Reinholz bloß bei einem ihm verwandten Sozialdemokraten — also sozusagen im Familienkreise — ein wenig herumgehört hätte. Sie muß aber doch mit Weh und Ach zugeben, daß der Fall Reinholz nicht vereinzelt dastehe und sie beweist, was niemand bestreiten wird, daß solche Fälle von der konservativen Parteileitung immer, wenn sie herauskamen, mißbilligt worden seien. In diesem Sinne schreibt sie:

Gewiß ist es ein dem Eifer, den Segner aus dem Felde zu schlagen und in der durch den Wahlkampf erhiteten Leidenschaft vorgekommen, daß Konservative sich um sozialdemokratische Hilfe bemüht haben. Dies Verhalten ist aber von den ausländischen konservativen Stellen stets aufs schärfste mißbilligt worden, und man hat im gegebenen Fall die nötigen Folgerungen daraus gezogen.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ meint, der konservative Unterhändler könne nicht namens der konservativen Partei gehandelt haben, sondern „höchstens“ namens seiner Ortsvereine oder der Wahlkreisleitung der konservativen Partei. Und dann sagt auch sie ihr Verbammungswort:

Gleichwohl behalten die Liberalen recht, wenn sie die Gewerkschaft der Konservativen bloßstellen. Eine Partei, die



Ich selber trotz aller wiederholten Erklärungen von einer gewissen Vorliebe für sozialdemokratische Stichwahlhilfe nicht freimachen kann, hat kein Recht, andere Parteien, bei denen derselbe Brauch etwas allgemeiner ist, auf die Anklagebank zu verweisen. Die immer erneuten konservativen Anbiederungsversuche sind ja nicht nur vom konservativen Standpunkt aus grundsätzlich zu verwerfen. Sie sind auch, rein praktisch genommen, vollkommen unsinnig, da kein Sozialdemokrat auf dergleichen Anerbietungen eingehen kann. Ihre dauernde Wiederholung trotz aller vorauszu sehenden Mißerfolge ist nur ein Beweis für die Stärke des Triebes. Würde aber einmal wirklich Speck in die Falle gehängt, wie würden da erst die konservativen Mäuselein gelaufen kommen!

### Volksschüler und Gymnasiasten.

Vor einiger Zeit haben wir kurz angedeutet, in welchem krassem Gegensatz in Baden — und nicht anders steht es in dieser Beziehung in anderen Bundesstaaten — die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für höhere und für die Volksschulen stehen. Eine gerabezu aufreizende Sprache reden aber die nachstehenden Zahlen. Es kostete in Baden im Jahre 1910

ein Gymnasiast	897,34 Mk.
ein Realschüler	304,68 "
ein Bürgerschüler	276,78 "
eine höhere Tochter	198,60 "
ein Volksschüler aber nur	64,54 "

Die Schulbildung, welche der Gymnasiumsbesucher genießt, ist also sechsmal teurer wie die, welche man dem Volksschüler angeeignet läßt. Noch stiefmütterlicher benimmt sich gegenüber dem letzteren der „fürsorgliche“ Vater Staat. Er leistet an Zuschuß

für einen Gymnasiasten	258,45 Mk. oder 65 Prozent
für einen Realschüler	129,21 " " 42 "
für einen Bürgerschüler	154,79 " " 58 "
für eine höhere Tochter	50,00 " " 25 "
für einen Volksschüler	16,61 " " 25 "

In 15 facher Vermehrung gegenüber dem Volksschüler begünstigt also der Staat den Gymnasiasten. Das zeigt trefflich, wie stark noch immer selbst in süddeutschen Staaten die Volksschule an Wertschätzung gegenüber der Mittelschule zurücksteht. Wie traurig es in dieser Beziehung aber erst in Ost- und Westpreußen, sowie in Mecklenburg aussieht, ist hinlänglich bekannt.

### Die Jenaer Kirchenaustrittsversammlung.

Durch einen Teil der Presse geht die Nachricht, es habe während des Parteitagcs in Jena eine Kirchenaustritts-Versammlung stattgefunden, die einen reinen Parteicharakter gehabt habe. Es könnte dadurch der Anschein erweckt werden, als ob die als Volksversammlung einberufene Veranstaltung mit dem Thema „Heraus aus der Kirche“ irgendwem vom Parteiverband ins Leben gerufen sei und damit der Grundzug unseres Parteiprogramms verlegt werde, wonach die Stellungnahme zur Religion Privatangelegenheit des einzelnen sei oder vielmehr eigentlich erst werden solle. Der Parteiverband hat mit der Versammlung in Jena nicht das mindeste zu tun gehabt. Die Versammlung wurde allerdings einberufen vom Genossen August Collet in Jena. Sie fand auch im Jenaer Gewerkschaftshaus statt. Aber Collet hat die Versammlung nicht einberufen als Parteigenosse, sondern als Vertrauensmann des Komitees „Konfessionslos“, dessen Mitglieder, Förderer und Vertrauensmänner sich aus allen Parteien der Linken rekrutiert haben. In Jena a. B. ist für die Kirchenaustrittsfrage auch tätig der Professor an der Universität und Direktor der Sternwarte Astrat Otto Knopf, der zu den neun Hochschullehrern in Deutschland gehört, die als konfessionslos bekannt geworden sind. Außerdem hat in der Jenaer Kirchenaustritts-Versammlung auch der Schriftsteller Lehmann-Rußbüdt aus Berlin gesprochen, der Sekretär des Komitees, der nicht der sozialdemokratischen Partei angehört. Die Versammlung erfüllt nämlich einen so gewaltigen Juchrang, daß eine Parallelversammlung veranstaltet wurde, in der Lehmann-Rußbüdt referierte — neben den eigentlichen Rednern des Abends: Reus, Adolf Hoffmann und der Genossin Helene Grünberg aus Nürnberg. Trotz der Parallelversammlung fanden Hunderte keinen Platz und füllten den Hof und die

Galerien, um durch die geöffneten Fenster die Reden mitanzuhören. Das beweist, wie unter Parteigenossen in Jena, die „Marxistische Volkspartei“, ausläuft, in welcher hohem Maße kirchliche und religiöse Fragen das Interesse des Volkes in unserer Zeit bewegen. Unser Bruderorator selbst dann weiter aus, wie Adolf Hoffmann mit allem Nachdruck betonte, daß der Kampf nicht der Religion gelle, wie oft fälschlich behauptet werde, daß es fern sei nicht der Zweck seiner Rede sei, jemand aus einer kirchlichen Gemeinschaft herauszuladen, zu der ihn sein religiöses Gewissen treibe, sondern daß der Kampf nur der Staatskirche gelle, damit die Kirche frei werde und entsprechend ihrer Lehre tätig sein könne und nicht wie heute gezwungen sei, im Interesse der herrschenden Klassen gegen die Armen und Unverdiener zu handeln. Die Jenaer Versammlung erbrachte auch dadurch eine besondere Bedeutung, daß Universitäts-Professor Heinrich Weinel aus Jena zweimal das Wort nahm. Weinel ist einer der hervorragenden Vertreter der liberalen Gesellschaft, er sprach sich ebenfalls für Trennung von Kirche und Staat aus, hofft aber, daß eine freischelliche Umgestaltung der Kirche auch durch ihre innere Reformen zu erreichen sei. Die Kirchenaustrittsversammlung währte bis nachts 1 1/2 Uhr; 103 Petitionen wurden sofort unterschrieben. Die Gesamt-Einnahme von 96,65 Mark (bei 10 Pfennig Eintrittsgeld), die von einer Besucherin der Versammlung auf Hundert Mark abgerundet wurde, soll unterstützt dem Redebonds zur Errichtung von Jugendheimen zusetzen, womit man zeigen will, daß es sich bei der Kirchenaustrittsbewegung hauptsächlich um Befreiung der Schule von der Kirche handelt. Dilem Bestimmungszweck der Einnahme wurde auch von den anwesenden Bürgerlichen nicht widersprochen.

Die Brauksteuer und ihre Erträge. Einer der einträglichsten Zweige der indirekten Besteuerung ist die Biersteuer. Sie brachte im Jahre 1911 im gesamten deutschen Reichgebiet 286,85 Millionen Mark ein. Auf den Kopf der Bevölkerung ergab sich eine Brauksteuerquote von 3,60 Mark. Der hektoliter Bier wurde innerhalb des Reichsgebietes mit 3,30 Mark Steuern belegt. Seit dem Jahre 1907 entwickelten sich im Deutschen Reich die Biersteuererträge wie folgt:

Jahr	Brausteuer	
	überhaupt	auf 1 hl
1907	121 673 000	1,95
1908	114 069 000	1,80
1909	154 489 000	2,40
1910	211 204 000	3,25
1911	236 846 000	3,60

Von dem Gesamttratte wurden 145 256 000 Mark aus dem norddeutschen Brauksteuergebiet vereinnahmt. Pro Hektoliter sind dies 3,21 Mark und pro Kopf der Bevölkerung 2,79 Mark. Die höchsten Steuererträge ergab Elsaß-Lothringen, das den höchsten Bier im Jahre 1911 mit 4,26 Mark Steuern belegte. Der Gesamttratte betrug in diesem Landesteil auf 4,47 Mark pro Kopf der Bevölkerung. Bayern hat im Lande des Bierkönigs, Bayern, wo der Hof sitzt, nur mit 3,29 Mark Steuern befreit ist. Die Biersteuer einen Durchschnittsertrag von 8,04 Mark pro Kopf der Bevölkerung abwarf. Auch in Württemberg, das vom besteuerten Bier eine Steuerertragsquote von 3,27 Mark erhebt, steht die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Quote recht hoch. Sie betrug hier im Jahre 1911 3,02 Mark.

Das Zentrum und die radikale Sozialdemokratie. Auch die radikale Germania gelangt auf Grund einander und tiefergehender Betrachtungen über die Jenaer Verhandlungen zu dem Ergebnis, daß die Sozialdemokratie immer gefährlicher werde. Sie drückt das so aus:

Die Sozialdemokratie wird umso gefährlicher, je mehr sie aufhört, in allen Kreisen der Bürgerlichkeit als eine gefährliche Partei betrachtet zu werden. Sie wird umso gefährlicher, je mehr sie für ihre revolutionären Ziele einen anderen Staat und Kirche die offenen Wege schied und Schleichwege aufsucht, um in heimlicher oder konsequenter Arbeit die Massen mit Verachtung gegen Thron und Altar zu erfüllen und mit dem Gottesglauben auch die Vaterlandsliebe aus ihrem Herzen zu reißen.

Im, das Zentrum hat also wohl deshalb in früheren Zeiten Wahlbündnisse mit der Sozialdemokratie abgeschlossen, weil sie damals die Massen nicht auf Schleichwegen, sondern öffentlich mit Verachtung gegen Thron und Altar ergriffen. Damals war die Sozialdemokratie ungefährlicher, weil sie, um mit der „Germania“ zu reden, von allen Kreisen der Bürgerlichkeit als gefährlich betrachtet wurde. Da aber auch das Zentrum zur Bürgerlichkeit gehört, hat es sich also mit der Sozialdemokratie verbündet, als es sie mehr als heute für gefährlich erachtete. — Zum Teufel, da findet sich nur noch ein Jesuit heraus!

Für die dritte Klasse keine Schlafwagen. Die Frage der Einführung der Schlafwagen dritter Klasse in Deutschland ist endgültig im negativen Sinne entschieden worden. Das Verkehrsamt der bayerischen Staatseisenbahn rechts des Rheins hat erklärt, Versuche mit Schlafwagen dritter Klasse könnten nur gemeinsam mit den anschließenden Verwaltungen durchgeführt werden. Es wäre jedoch ausfallslos, Verhandlungen hierüber einzuleiten, weil die kleineren Nachbarverwaltungen Württemberg und Sachsen, die ebenso wie Bayern keine eigenen Schlafwagen erster und zweiter Klasse besitzen, zur Vornahme solcher kostspieligen und wenig aussichtsreichen Versuche nicht zu bewegen sein würden. Die preussische Staatseisenbahnverwaltung aber, die für die Vornahme solcher Versuche allein in Frage kommen könnte, hat sich bereits in ganz bestimmter Weise öffentlich gegen die Führung von Schlafwagen dritter Klasse ausgesprochen.

Natürlich, die Fahrgäste der dritten und vierten Klasse müssen zwar den Zuschuß aufbringen, den die erste und zweite Klasse erfordert, aber an ihren Bequemlichkeiten teilzunehmen, dazu haben sie kein Recht.

Zur Landtagswahl in Baden. Der engere Ausschuss der nationalliberalen Partei Badens veröffentlicht folgende Erklärung: Nach dem mit der fortschrittlichen Volkspartei abgeschlossenen Abkommen ist im Bezirk Rastatt-Stadt der Kandidat dieser Partei schon im ersten Wahlgang durch die Nationalliberale Partei zu unterstützen. Im Gegensatz dazu haben die nationalliberalen Vereine in Rastatt einen Kandidaten aufgestellt und halten an ihm fest. Dieser Kandidat kann daher nicht als Kandidat der nationalliberalen Partei anerkannt werden. Wir fordern deshalb die Anhänger unserer Partei auf, ihre Stimmen dem Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei, Herrn Stadtrat Dr. Vogel, zu geben.

Wir werden sehen, wie weit die Autorität der nationalliberalen Parteileitung und die Disziplin ihrer Mitglieder in Baden ausgebildet ist.

Die geistigen Waffen der Gegner. Am Tage der Landtagswahl hatte sich der konservativ gesinnte Arbeiter Wagnat auf Boragoben (Kreis Nierending), Nierending nach einer Siresteter im Krüge auf den Arbeiter Steffewitz, der als Sozialdemokrat bekannt war, gestürzt, ihm einen wuchtigen Schlag mit dem Stock auf den Kopf versetzt und dann wie ein wildes Tier auf den Mann, der stehend am Boden lag, emporgeschlagen. Der Wagnat hat an den folgenden längere Zeit krank gelegen. Die konservativ Staatsstüge erhielt vom Schöffengericht in Heimbach, welche 14 Tage Gefängnis für die Brutalität. Der Mann leide aber gegen dieses Urteil, das schon sehr milde ist, Verurteilung ein, und vor der Strafkammer in Löffel erklärte der Angeklagte, er hätte deshalb den Siresteter niedergeschlagen, weil dieser sich nicht genügt hätte, in der konservativen Niederung seine Stimme einem sozialdemokratischen Wahlmann zu geben. Seine Verurteilung wurde verworfen.

Die Wenzucht als soziales Mittel. Gelegentlich der Tagung der rheinischen Agrarier in Effen hielt auch die Sektion Wenzucht eine Versammlung ab. Ein Lehrer Böhring aus Wetzlar verzapfte zum Schluß seines Vortrages über die Bedeutung der Wenzucht für das Volkswohl folgende Aussprüche: „Außer diesen Vorträgen bringen die Wienen auch materiellen Vorteil dem Züchter selbst und üben einen hohen sittlichen Einfluß aus auf die Züchter, die durch die Befestigung der Einrichtung des Wienenlandes zur Zukunftsicherheit, Verträglichkeit, Fleiß, Vaterlandsliebe und Königstreue erzogen werden.“ Mehr kann man von der Erziehungstun der Wienen an einem weiblichen Volksschullehrer nicht verlangen.

Landesverratsprozeß. Der Sergeant Wölckling aus Thorn hat als Schreiber beim Gouvernement in Thorn militärische Schriftstücke entwendet und diese an Ausland verkauft. Er wurde verurteilt und 750.000 Mark die man bei ihm fand, wurden konfisziert. Vom Kriegsgericht wurde Wölckling wegen Spionage zu 15 Jahren Zuchthaus und zu 15.000 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurde auf Auslieferung aus dem Orte erkannt. Das Reichsgericht hob als Revisionsinstanz das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz. Das Oberkriegsgericht des 3. Armeekorps beschäftigte sich daher nochmals mit dem Falle. Am Donnerstag begannen die Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Reichstagswahl in Dresden-Neustadt. Die Nationalliberalen beschlossen, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten Abstand zu nehmen und den fortschrittlichen Kandidaten zu unterstützen.

## Aus den Tagen von Sedan.

Von Camille Lemonnier.

10) (Nachdruck verboten.)

### XV.

Nach einer in Trümmern liegenden Schenke schmupperte ein väterlicher Hund auf dem Boden, und gleichzeitig lag wieder, diesmal aber ungemein intensiv, der sonderbare, widerliche Geruch empor, der uns schon früher aufgefallen war. Die Ohren bald spitzend, bald hängenlassend, den Schwanz zwischen den Beinen eingezogen, kroch und spärrte das winselnde Tier in den Trümmern. Anfangs dachten wir an irgend ein unfaulendes Laß; als wir aber den Hund einen Stofflappen herbeiziehen sahen, wurden wir von Schrecken gepackt, und wir verjagten den fleischlichen Räuber mit Steinwürfen.

Man müßte heftig Groll noch haben, um sich wiederholend gesehen haben, um vor der Schilddrüse des dort Gebehenen nicht zurückzutreten. Nachdem wir mit Händen und Füßen die Lauerer durcheinanderliegenden Hebersteine glühender Rödel beiseite geschafft, erhob sich ein so elendhaft stinkender, dieser Qualen, daß wir beinahe umfielen. Eine schwarze Masse von menschlicher Gestalt, von der im Grunde eine dicke Nase ausging, wurde vor uns sichtbar. Ob dieser unheimliche Rücken die Konturen eines Mannes oder einer Frau verriet — man hätte es nicht sagen können; das Feuer hatte alles total zerstört. Daran fand man auch der frühere Geruch seine Ausflucht: es war der von verbranntem Fleisch gewesen.

Als einer meiner Gefährten das Haupt berührte, um es aufzuheben, hatte er das Gefühl, eine warme feuchthebrige Haut anzufassen; aber plötzlich zerfiel der Kopf in Asche. Eine leichte Berührung mit der Spitze meines Schwertes genügt, die Leiden einzubringen, die sich wie ein Haufen bunter Blätter vor meinen Füßen anstauten. Professor hoben rote Funken empor wie aus einem Boden, aus dem man die Brote herauszieht. Daran erkannten wir, daß das Feuer den Menschenbraten weiter benagte.

Ich untersuchte das Köppchen, das der Hund herbeigezogen hatte; es war ein Stückchen brauner Stoff mit Blut bespritzt, das uns nichts sagen konnte. Ein glühendes Eisen, den ich an der Stelle, wo einst der Arm des Besessenen gewesen sein mochte, aufhob, sprach schon etwas deutlicher: es war der flache, längliche Kolben einer Eisenstange mit langem Lauf, wie man sie über dem Herd der Landwirte findet. Und gleich einem Donner, der auf seinem Wege durch den Wald einen lebenden Körper in Gefährde findet und aus äußeren Anzeichen auf dessen Lebensart zu schließen versucht, so kombinieren auch wir, daß die Frau oder der Mann sich hierhergeschleppt habe mußte, nachdem sie oder er heldenhaft für die Freiheit des Dorfes gekämpft und dann nicht mehr dem Feuer entkommen konnte.

### XVI.

Ein paar Vorübergehende waren neben geliebten und haben uns neugierig über die Asche; plötzlich sagte ein Mann: „Ach, liebe Herren, das war ein weiderer Mann. Er ist mitten im Kampf gefallen. Alle Leute kennen uns ja, wenn ich um meines reißenden Charakters willen. Es ist Jean-Paul, der Holzschneider aus Selon. Wenn er nach Bazilles kam, warstest er nie, bei seinem Wetter vorzupredigen, dessen Haus Sie hier auf der Erde liegen sehen. Armer Teufel, der Jean-Paul! Seinen letzten Wunsch machte er, um auf diese Spitzbuben zu feuern, und dabei haben sie ihn selbst umgebracht! Nein, wenn man bedenkt, meine Herren, daß Bazilles vor kaum einem Monat noch ein hübsches, kleines Mädchen war, wobei man am Sonntag von Sedan aus spazieren ging! Wir Sedaner, wir alle kannten Jean-Paul, wenn er im Garten bei Mutter Papin alle Reine schoß, so war's eine Lust ihm zuzusehen.“

„Und dort, sehen Sie? dort unten auf dem Hauptplatze können die jungen Leute aus der Umgebung nach der Messe zusammen und spielten mit Karten; und wenn ein günstiger Wind wehte, versammelten sich die kleinen Bazilles-Ruben, um ihre Strafen zu lassen.“

Man lebte hier recht behaglich, und in ganz Bazilles gab es keinen Armen. Wenn es bei jemandem nicht so recht stimmte, fand sich immer ein guter Nachbar, der zu den anderen sagte: „Ach, weißt ihr, dieser Winter müssen wir uns ein wenig einhängen. Unser Nachbar hat sein Schwein verloren, da heißt's über helfen, ein neues anzuschaffen.“ Ach ja, in Bazilles verband man sich darauf einander hilfreich die Hand zu reichen, und es gab hier nur rechtschaffene Leute.

Zweiter keine Gaben, von dem Sie nur mehr eine Mutter mit dem Reife eines Schilbes sehen, gehörte dem Dorfbarber. Und daneben — sehen Sie das Gitter dort — war der Wegge. Und neben dem Wegge der Holzschneider, ein reicher Mann. Ein wenig weiter wohnte Fräulein Sammele, das hübscheste Mädchen von weit und breit. Wir Alten, wir kamen jeden Sonntag vor die Fenster, hinter dem sie auf einem großen Strohfleß saß und nähte; und es war eine Freude, zuzuschauen, wie die jungen Mädchen ihr den Hof machten; auf dem Fensterbrette hatte sie immer zwei große Rosenstöcke stehen, zwischen denen sie rosige Geschnitten herzog. Und jetzt ist alles verheert! Alles niedergebrannt haben diese Lumpen und die Einwohner in den Keller gesperrt, daß sie drinnen verbrannten. Aber es liegt noch mehr als ein Kreuz da unten. Die Bazilleser jähren: „Nieder mit den Kreuzen“, und schossen aus den Kellertüren.“

So sprach ein alter, kleiner Herr mit freundlichem Gesicht und einem Glanz im Auge, der sich zu unserer Gruppe gesellt hatte. Da und dort sah man menschliche Gestalten, die aber viel eher Schatten glänzen, zwischen den Ruinen umherstreifen, fast über die Trümmer zeigen und in ihnen herumrockern, als ob sie etwas suchten.

„Sehen Sie nur, die Frau dort, die Holzstücke gesammelt hat und sie legt anbläst, um das Feuer anzufachen. Sie hat ein paar Kartoffeln auf dem Felde gefunden und kommt nun, um sie am Feuer ihres eigenen Hauses zu braten. Janobli, meine Besten, das, was Sie darüber an Holz und Steinen vor ihr liegen sehen, das war ihr Haus: vor einem Jahre ist ihr Mann drinnen gestorben, und jetzt dient's ihr dazu, ihre Kartoffeln zu braten! O, ich kenne sie sehr gut!“

Während er so sprach, zeigte uns der kleine Mann eine alte, hagere, nordbürtig gezeichnete Frau, die, in eine Wolle gefüllt, geschäftig hin und wider trippelte.

Je mehr der Abend sich ausbreitete, kamen die armen Familien, an Stöcken humpelnde Greise und Weiber mit Kindern im Arme, die stielte Chauffee heraus. Es waren lauter Bewohner von Bazilles, die unter den Ruinen des abgebrannten Dorfes die Stätte suchten, wo einst ihr Heim gestanden war. Frage man sie, so antworteten alle dasselbe, sie seien zwei Tage lang in den Wäldern umhergeirrt, fast ohne zu essen und zu trinken, und hofften nun eine schöne Mauer oder ein wenig Feuer zu finden, um sich zu wärmen. Vom Regen waren ihnen die Beenden am Rücken angeklebt, und das Fleisch zitterte ihnen an den Knochen vor Frost und Glend.

Wir bekamen ein Haus, ein Dach, einen eigenen Herd, ein paar Pferde, wir bedrängten uns mit unserer Hände Arbeit unser Brot. Jetzt haben wir nichts mehr, und unsere Kinder müssen Hungers sterben.“

Frauen mit verdorrten Gesichtern bemühten sich, durch die Trümmer zu bringen und riesen schluchzend den Namen des Gatten. Vergebens versuchte man sie zurückzudrängen, sie weinten und schrien wie verzweifelt, man solle ihnen ihren Gatten wiedergeben. Und andere sprachen mit gepreßter Stimme:

„Die hier sind zu beneiden; die können wenigstens weinen. Aber wir können seit zwei Tagen nicht mehr weinen, uns bleibt nur mehr übrig zu sterben.“

Alle die armen Leute lagerten, so gut es ging, in den warmen Asche auf der Erde oder saßen in der Stellung von Sterbenden vor Erschöpfung auf den eisernen Balken. Einige Männer rissen sich Fäden ihrer Kleider vom Leibe, um ihre kleinen Kinder einzuhüllen, die vor Kälte weinten, ihre armen roten Wunden ausstehend. Laut röhrend rangen die Greise ihre Hände, als sie sahen, daß von dem Dorfe, in dem sie einst im Kreise ihrer Kinder zu sterben gedacht, nichts mehr von ihnen war. Und sie sagten:

„Was haben wir denn beabsichtigt, ein guter Gott, auf daß wir so schwer gequält werden? Sou um Sou haben wir unsere Söhne beiseite gelegt, damit sie nach unserem Tode mit der hart arbeiten müssen als die Väter. Und nun führen wir unsere Hoffnungen in nichts zusammen, und wir sind verflucht in unseren Kindern und uns selbst.“



Der Albanienkrieg.

Die albanische Korrespondenz erzählt von maßgebender Seite aus Salonica: Bei der albanischen Bewegung handelt es sich fast ausschließlich um Kämpfe, welche die an Serbien abgetretenen Albanesen infolge der serbischen Unterdrückung in den abgetretenen Gebieten führen, also um reine innere Wirren in Serbien, die mit dem albanesischen Staate und dessen leitenden Männern in gar keinem Zusammenhange stehen.

Die „Times“ veröffentlichten einen Brief, der ihnen von dem englischen Parlamentsmitglied Herbert Lubbock zugekommen ist, in welchem dieser in zwei bestimmten Fällen die serbischen Behörden der Grausamkeit beschuldigt, und dann also fortfährt:

„Ich habe vor mir eine lange Liste ähnlicher Missetaten der Serben. Ich habe viele Geschichten gehört von armen Leuten, Katholiken und Mohammedanern. Diese Missetaten können nur dafür entstehen, was ihnen selbst und ihren Familien geschehen ist. Aber ihre Erzählungen sind in der Hauptsache ziemlich gleich. Ich zweifle wenig, daß systematische Konversionen, Ausweisungen und Ausrottungen aus politischen Gründen an verschiedenen Orten vorkommen. Diese Missetaten sind, soweit ich wahrzunehmen, für einige Zeit fallen gelassen, aber gegenwärtig wieder aufgenommen worden. Es ist mehr als eine bloße Ableugnung dieser Anlagen von Seiten der serbischen Regierungen vorhanden, und weil ich fühle, daß das bebauerte Land und der schreckliche Egoismus nicht enden werden, ehe nicht die Grausamkeiten aufhören, und daß nur eine Untersuchung dieser Grausamkeiten Einhalt machen werden, bitte ich Sie, diesen Brief zu publizieren.“

Meldungen aus Saloniki stellen die Lage in Albanien als sehr ernst dar. Es ist das Vasko bildet eine besondere Verwaltung und verlangt, das Kabinett solle seinen Sitz in Tirana nehmen, widrigenfalls es nach Salonica gehen und die Regierung führen werde.

Die serbische Regierung hat an die Mächte eine Note gerichtet, in der sie sich darüber beschwert, daß Bulgaren die Albanen anführen.

Die tote Hand in Oesterreich. Im Jahre 1848 gab es in Oesterreich 416 Klöster mit 6350 Mönchen und 83 Klöster mit 2054 Nonnen. Nach der Statistik von 1911 ist die Zahl der Mönchsklöster auf 640 mit 11.116 Mönchen und die der Nonnenklöster auf 116 mit 27.333 weiblichen Insassen gestiegen. Das Vermögen der katholischen Kirche wurde im Jahre 1900 nach Abzug der Passiven auf 733.751.318 Kronen geschätzt, Ende 1910 dagegen auf rund 1200 Millionen Kronen.

Sieg des Kaisergedankens in Rußland. Nachdem sich laßliche Gruppen der Unternehmer gegen die Einführung der Frauen und die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung gegen die Arbeiter in Anbetracht ihrer aufsteigenden Wirkung ausgesprochen haben, hat die Regierung nun auch ihren Standpunkt in dieser Frage gewechselt. Laut Beschluss des Ministerrates soll nun der entsprechende Beschluss von 1908 verwirkt werden, wonach es den Fabrikanten gestattet wird, die Feiertage des 1. Mai in die Fabrikordnung aufzunehmen.

Es ist höchst bezeichnend, daß die Frage, ob der Arbeiter den 1. Mai freigegeben darf, im Ministerrate entschieden wird. Selbst wo eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer geschlossen ist, hält sich der russische Konsulent für berechtigt, in diese Vereinbarungen bestimmend einzugreifen. Ebenso charakteristisch ist es, daß der Ministerrat seinen Beschluss von 1908 erst jetzt zur Verwirklichung bringt. Ganz Jahre lang hat die Regierung Polizei und Militär gegen die Arbeiter auf, die am 1. Mai ihre Solidarität mit der Arbeiterklasse der ganzen Welt bekundeten. Erst der wichtige Aufbruch der russischen Arbeiterklasse in diesem und im vorigen Jahre konnte die Regierung, daß die russischen Arbeiter sich das Recht auf die Mayfeier durch keine Gewalt der Welt entreißen lassen.

Allerdings sucht die Regierung ihren Rückzug dadurch zu maskieren, daß sie die Abhaltung der Mayfeier nur dort gestattet, wo „mit diesem Tage ein Brauch oder ein kirchlicher Feiertag verknüpft ist“. Diese Einschränkung kann die Forderung nicht aus der Welt schaffen, daß die grundsätzliche Anerkennung der Arbeiterklasse am 1. Mai einen gewaltigen Sieg der russischen Arbeiterklasse bedeutet. Diese Erregung wird sie noch mehr entfesseln, in ihrem Kampfe gegen politische und soziale Bedrückung fortzuführen.

Finnland unter russischem Joch. Das Schwurgericht verurteilte den Bürgermeister von Wiborg Sandel und den Ratmann Loulander zu vier Monaten Gefängnis und erklärte sie für die Dauer von zwei Jahren für unfähig, ein öffentliches Amt zu bekleiden, weil sie gegen das Gesetz, wonach Russen und Finnen in Finnland dieselben Rechte haben, verstoßen haben.

„Zeppelin-Jäger“. Das Pariser Journal teilt mit, in die französische Militäraviation werde ein gepanzerter Aero-Plan eingestellt, der den Namen „Zeppelin-Jäger“ führt. Er ist mit einer Kanone ausgerüstet und seine Aufgabe soll die Vernichtung der Luftballons sein.

Umverteilung der türkischen Petroleumquellen. Aus Konstantinopel wird gemeldet, die Standard Oil Company benachteiligt bei der türkischen Regierung um das Monopol zur Ausbeutung der reichen Petroleumquellen in der asiatischen Türkei. Das Finanzministerium sei in das Studium des amerikanischen Konzessionsgesuches eingetreten.

Entweder ist die Meldung ein an andere Geldgeber gerichteter Bluff, oder die amerikanischen Petroleumherren sind diejenigen, welche die Türkei mit dem nötigen Gelde versorgen sollen.

Verhaftung dreier Syndikalisten. In Lissabon (Portugal) wurden heute Nacht drei Syndikalisten verhaftet. Sie gehören angeblich zu der aus fünf Mann bestehenden Gruppe, die planten, Alfonso Costa zu ermorden. Bei den Verhafteten wurden eine „ganze Anzahl“ Bomben und Pistolen gefunden.

Englischer Schaufahrerverband. Einer Meldung der „Times“ zufolge wurde in London ein Arbeitgeberverband für das zusehende Königreich gegründet. Der Zweck des Verbandes soll sein, die Hilfsmittel der englischen Unternehmer zusammenzuführen und ihre Rechte und ihre Freiheit im Verkehr mit den Arbeitern und den Trade Unions auszuwehren. Ein Verbandsvermögen von 50 Millionen Pfund Sterling soll geschaffen werden.

Sozialdemokratische Kontrolle der Handver. Aus Amsterdam wird gemeldet: In den jetzt stattfindenden großen Kammernwahlen in den nördlichen Provinzen Hollands wird auch das sozialdemokratische Parlamentsmitglied R. ter Haar in seiner Eigenschaft als Mitglied der Staatskommission zur Untersuchung der Möglichkeit einer Sparrung an Armeekosten beizutreten. Es ist dies das erste Mal, daß ein Delegierter des Parlaments eine derartige Kontrolle auf die Tätigkeit der Armeekassen ausübt.

Der Tunnel unter dem Narmekanal.

Vier Jahre Bauzeit für den Abwässerungsgang. Frachtsicherheit und Beirückung.

Die Finanzabteilung des Neuenburger Bureau sendet dem „S. Z.“ einen sehr interessanten Bericht über den ersten Jahreskongress der Franco-British Canal Union, auf dem die Frage der finanziellen und technischen Möglichkeit des projektierten Tunnels zwischen England und Frankreich eingehend erörtert worden ist. Wir entnehmen dem Bericht einige bemerkenswerte Daten. Ueber die technische Seite der Frage führte zunächst Sir Francis Fox in einem längeren Vortrag etwa folgendes aus:

Von jeder Seite des Kanals würde man zunächst nach der Mitte steigend einen Abwässerungsgang treiben — bei Dover und Sangatte in Verbindung mit Schächten für Pumpen und Ventilation — während die Haupttunnels aus zwei einseitigen in sich zurücklaufenden Tunnels bestehen müßten, die bei je 18 Fuß Durchmesser weit genug für das rollende Material der englischen und französischen Hauptlinien wären. In häufigen Zwischenräumen würde man die Tunnels durch Quergänge mit vertikalen Löchern verbinden, für den Verkehr der Arbeiter und zur Leichter Schaffung von Luftströmungen. Einseitig der Landverbindungen mit den Hauptlinien würden die Tunnels je 31 englische Meilen lang werden und

24 Meilen weit unter Wasser

laufen. Die Tunnels würden 36 Fuß voneinander liegen, in der ganzen Länge innen durch 3 Fuß Eisensegmente gegen den größtmöglichen Druck versichert und außen mit einem starken Zementmantel umgeben. Angenommen, man könnte 17 Yards pro Tag bei sechs Arbeitstagen in der Woche vollenden, so würde man jährlich drei Meilen auf jeder Front, also vier Jahre für den Abwässerungsgang brauchen, wenn man in drei Schichten, wie beim Bau des Simplontunnels, auf ohne Pause, arbeiten läßt. Für die Ventilation würde man auf jeder Seite in der Fahrtrichtung der Güter eine Dampfmaschine einpressen, und zwar 45.000 Kubfuß pro Minute mit einer Geschwindigkeit von 6 Fuß pro Sekunde, was nur einer sehr leichten Welle entsprechen würde. Die erforderliche Kraft bräuhle bei der Millarbeit der fahrenden Güter nicht sehr stark zu sein. Jedenfalls sei die Aufgabe wesentlich leichter als bei vielen Stollenarbeiten bei größeren Schachtlungen und erschwerenden Bindungen. Gegen Feuersgefahr sei vollkommene Sicherheit erreicht. Für das rollende Material der Expreszüge werde nur feuerfestes Material verwendet, und da die zur Zugbestimmung benutzten

elektrischen Lokomotiven „gepanzert“

würden, könne auch bei Anschlag keine Gefahr entstehen. Wenn aber trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen sich irgend ein Zwischenfall in den Tunnels ereignen sollte, so könnten die Passagiere im Röhren der Güter sich auf einem vor der elektrischen Leitung gesicherten Fußweg in Sicherheit bringen, ohne zum Beispiel eine Verletzung durch Hochspannung zu erleiden, da dieser durch den Luftstrom in der Fahrtrichtung getrieben werden müßte. Auch die elektrische Beleuchtung des Tunnels würde natürlich unabhängig von der Betriebsleitung sein und ebenso würde jeder Wagen seine unabhängige Lichtquelle haben müssen.

Baron d'Estange, der Vorsitzende der Kanalbau-Gesellschaft machte darauf einige ergänzende Angaben über die finanzielle Tragweite des Projekts und seine Beurteilung vom politischen Standpunkt. Der Tunnelbau, so führte er aus, wird im Fall hinter dem Schloß von Dover liegen.

unter dem direkten Feuer der englischen Front

und außerdem sollten alle Vorkehrungen durchzuführen werden, die das Neuzerlegungsrisiko verringern würde. Was die Gefahr einer Invasion anlangt, so werde der Zweck des Tunnelbaues, selbst wenn die Einnahme geglückt sein sollte, unter dem konzentrischen Feuer der Front nicht außer Acht gelassen werden können. Der Besitz des Tunnels für eine kurze Zeit aber könne den Engländern nichts helfen, denn für den Transport eines Armeekorps durch denselben müßte der Feind das Hinterland viele Meilen im Umkreis halten können. Außerdem könne vielleicht in der Konvention mit Frankreich festgelegt werden, daß auch die einzige Station zum Betrieb des Tunnels unter dem Feuer von Dover liegen solle. Was der Redner weiter ausführt, sei der Kanal im Kriegsfall wegen der Möglichkeit starker Verpflegung und Versorgung von Truppen nach dem Festland für England von Wichtigkeit, und würde überdies dazu beitragen, den Handelsverkehr zwischen England und Frankreich zu beleben. Der Kanal, dessen Kosten für beide Teile je 160 Millionen Mark kaum übersteigen dürften, würde überdies wenigstens 65 Prozent des kontinentalen Reiseverkehrs an sich ziehen, der im normalen Steigen bei Eröffnung des Kanals 2 Millionen Personen zählen dürfte. Wenn man 10 Schilling pro Kopf rechne, so würde das 650.000 Pfund (1.300.000 Mark) bringen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Streiks in Großbritannien.

Die Londoner Autogamibusfahrer haben einen glänzenden Sieg errungen. Nach einer gestern abgehaltenen langen Konferenz zwischen Vertretern der Arbeiter und der nächstbesten Autogamibusgesellschaften unter dem Vorsitz des Industriekommissars Sir George Woodth kam es zu einer Einigung, deren Hauptmerkmal die rückwärtige Knechtung der Gewerkschaft ist. Dieser Sieg ist um so bemerkenswerter, weil die Arbeiter eigentlich gar nicht um diese Forderung in den Streik getreten sind, sondern nur, um den höchsten Lohn einer Gesellschaft, der den Omnibusfahrern das Tragen der Gewerkschaftsabzeichen verboten wollte, Widerstand zu leisten. Selbstverständlich ist in der jetzt zustande gekommenen Vereinbarung auch dieses Recht ausdrücklich gewährleistet. Es ist ferner ausdrücklich bestimmt, daß jeder Streitfall zwischen einem Angestellten und seinem Arbeitgeber, der nicht sofort zwischen den beiden aufriedensstellend beigelegt wird, durch einen Beamten der Gewerkschaft weitergeführt werden muß. Da es aber gegen alle Grundsätze der englischen Staatskunst verstoßen würde, daß irgend ein Streitfall ganz ohne Kompromiß mit dem endgültigen Siege der einen Partei endige, hat Sir George Woodth dafür gesorgt, daß auch die Unternehmer Konzessionen beimtragen. Die Arbeiter verpflichten sich nämlich, keine Sympathiestreiks zu unterstützen, die Angestellten von Gesellschaften, mit denen die betriebsförmlichen Gesellschaften keine Verbindung haben, zu unternehmen, ferner sollen die Gewerkschaftsbeamten sich auch nicht in reine Disziplinfragen mischen. Die Arbeiter verpflichten sich von ihrem Siege das bisherige positive Ergebnis in Form von erhöhten Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen.

Die Sympathiestreiks der Eisenbahner in Liverpool, Birmingham, Exeter, Sheffield, Bradford und anderen Orten, wo die Eisenbahner sich weigerten, den aus Dublin kommenden Verkehr zu handhaben, sind nach den energischen Bemühungen des Vorstandes der Eisenbahngesellschaft auf der Grundbasis der Wiederanstellung aller Streikenden beigelegt worden, und die Arbeit ist wieder aufgenommen worden. Dagegen haben die Eisenbahner von Dublin, die freilich nicht der englischen Eisenbahngesellschaft angehören, sondern dem irischen Transportarbeiterverband angehören, den Vorschlag der Eisenbahngesellschaft nicht akzeptiert, und ferner der Streikenden hat die Arbeit angenommen.

In Dublin wird die allgemeine Lage immer beunruhigender. Die allgemeine Aufregung ist noch dadurch erhöht worden, daß die Polizei am Sonntag abends wieder einmal die Straßen an den Streikenden übte, mit dem Ergebnis, daß

über 40 Personen im Hospital behandelt werden mußten. Die Zahl der Streikenden oder Ausgasperen beläuft sich jetzt bereits auf 23.000, die mit ihren Familien ein halbes Viertel der Gesamtbevölkerung der Hauptstadt ausmachen. Nach den Berichten der bürgerlichen Arbeiter herrscht in den ärmeren Arbeitervierteln eine förmliche Hungersnot, aber der Mut der Arbeiter ist noch keineswegs gebrochen. Aber je herrlicher der Widerstand der Arbeiter, um so kaltschniger fahren die Unternehmer fort, die Hungerpeinlich zu schwingen. Gestern wurden wieder 3000 Arbeiter von Bauhelfern und Eisenwerkern ausgehert, weil sie sich weigerten, sich dem Transportarbeiterverbande anzuschließen.

Es ist kaum zweifelhaft, daß die Dubliner Arbeiter dem ungleichen Kampf nicht lange fortkommen können, wenn ihnen die englischen Arbeiter nicht energisch unter die Arme greifen

Stadt und Provinz.

Die Breslauer gewerkschaftlichen Zimmerer hielten am Mittwoch im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung ab, die sich mit den letzten Entscheidungen des örtlichen Schiedsgerichts und der Regelung des Beerdigungswezens befaßte. Nach der Entscheidung dieses Schiedsgerichts gilt der Vertrag auch im Gemeindefeiertage. Das tägliche Kostgeld von 1,50 Mk. bei Ueberlandarbeitern muß an alle Zimmerer gezahlt werden, die nicht jeden Abend nach ihrem Wohnort zurück können. Auch bei Arbeiten im Ausland ist ein Kostgeld von 1,50 Mk. für den Tag zu zahlen. Welt in letzter Zeit im „Breslauer General-Anzeiger“ Zimmerer für Unfordbarkeit gesucht wurden und Unfordbarkeit vertragswidrig ist, wurde beschlossen, daß Mitglieder, die trotz dem Arbeiten in Unfordbarkeit ausführen, aus der Organisation ausgeschlossen werden. Auch die Mitglieder sind aufzuschließen, die bei anderen Arbeiten mehr Ueberstunden machen, als im Vertrage vorgesehen sind. Ferner wurde beschlossen, daß bei Beerdigungen von Verbandsmitgliedern vom 1. Januar 1914 an immer 11 Paraden mitgehen. Auch ein Kranz mit einer Widmungsschleife soll gegeben werden. Zur Ausbringung der Kosten wird ein jährlicher Beitrag von 50 Pf. für das Mitglied gebildet. Die Beerdigungskosten bleibt weiter bestehen; ihre Mitglieder zahlen noch 1,20 Mark jährlich zu und erhalten dafür das festgesetzte Sterbegeld. Um die Zahl der augenblicklich in Breslau beschäftigten Zimmerer zu ermitteln, wurden Fragebogen ausgegeben, die sofort, und zwar ausgefüllt, zurückzugeben sind. Sonnabend, den 27. September, ist das 30. Stiftungsfest der Zimmerei im Gewerkschaftshause.

Deutsches Reich und Ausland.

Streitgerichte von den Straßenbahnangelegten in Cassel verbreitete die bürgerliche Presse in den letzten Tagen. Es sollte danach während der Laufjahre der Stadt, die in den nächsten Tagen begangen wird, ein Streik der Straßenbahnangestellten eingeleitet werden. Dazu wird geschrieben: In Cassel besteht ein Vokalverein der Straßenbahnangestellten, der Forderungen auf Verbesserung der Dienstverhältnisse an die Direktion gestellt hatte.

Die verlangten Verkürzung der Reservezeit, Erhöhung des Lohnes, Regelung der freien Tage und des Urlaubs und Verkürzung des Dienstes. Dreiundzwanzig Kommissionen, die bei der Direktion vorprachen, abschlägig beschieden. Der Transportarbeiterverband nahm sich der Bewegung an, ließ durch seine Angestellten die Versammlung der Straßenbahner besuchen und nahm dort zwei Drittel der Mitglieder des Vokalvereins als Mitglieder des Transportarbeiterverbandes auf. Es gelang, mit dem Oberbürgermeister der Stadt in Verbindung zu treten. In folgenden Konferenzen hatte dieser mit der Direktion so wohl wie auch mit einer Kommission der Angestellten und zwei Vertretern des Transportarbeiterverbandes eine Aussprache. Die Direktion der Straßenbahngesellschaft gab jedoch folgende Erklärung ab:

Die Direktion der Großen Casseler Straßenbahn A.-G. erklärt, daß sie nach Vornehmen mit einer sobald als möglich einzuberufenden Ausschussprüfung in eine den Wünschen der Angestellten nach Möglichkeit Rechnung tragende Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintritten wird. Tüchtig in Anwesenheit des Herrn Direktors Blumberg zur Beglaubigung Dr. Schulz, Oberbürgermeister.

Donnerstag abend wird eine Verammlung der Angestellten zu dieser Erklärung Stellung nehmen. Wahrscheinlich wird auf Grund der Erklärung der Direktion es nicht zu einer Einstellung des Betriebes kommen.

Der Streik bei der Firma Hugo Hartung in Lichtenberg dauert nunmehr elf Wochen. Die Firma wollte damals bedeutende Beschleunigungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einführen. Verhandlungen, die von den Arbeitern nachgesucht wurden, lehnte die Firma brüsk ab, mit dem Bemerkten, daß die neuen Bedingungen durchgeführt würden. Ebenso wurden Verhandlungen, die der Metallarbeiterverband nachsucht, zurückgewiesen.

Seit Wochen ist die Firma in ganz Deutschland emsig bemüht, durch Annoncen in bürgerlichen Blättern Arbeitswillige besonders Former, zu suchen, trotzdem sie durch ihre Arbeitswilligen verbreiten läßt, daß sie genügend und vollen Ertrag für die Streikenden habe.

Die Streikenden stehen fest zusammen und denken nicht daran, den Streik zu beenden. Der Betrieb ist für Metallarbeiter aller Branchen streng gesperrt.

Beilegung der Differenzen bei den Brennaborwerken. Zwischen der Geschäftsleitung der Brennaborwerke und der Arbeiterchaft fanden nach bürgerlichen Telegrammen Verhandlungen statt. Sie führten zu einer Einigung der Parteien. Infolgedessen soll die Arbeit am 28. September in vollem Umfange wieder aufgenommen werden.

Parteiangelegenheiten.

Erlösungnahme zum Parteitag. Eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg nahm am Mittwoch abend die Berichterstattung vom diesjährigen Parteitag entgegen. Die Delegierten hoben in ihren Berichten hervor, daß man mit den Arbeiten des Parteitages im vollsten Maße zufrieden sein könne. Ohne nennenswerte Diskussion — es sprach nur ein Redner — erklärte sich die Versammlung einstimmig mit der Haltung der Delegierten und den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Erwähnenswert ist noch, daß der Vorsitzende des Vereins ein Schreiben vom Verlag des „Wahren Jakob“ bekannt gab, worin die Versicherung abgegeben wird, daß die Geschäftsleitung den in einem Magdeburger Antrage, der aber auf dem Parteitag zurückgezogen worden war, ausgesprochenen Wünsche, jogenannte „Schwindel-Inserate“ im „Wahren Jakob“ nicht mehr aufzunehmen, Rechnung tragen werde.

Table with 2 columns: Item and Price. Items include: Dresden, 28. September, Festgeld von der Parteinotierungsummitteln für 100 Reichsmark, etc.

Was ist richtig, der 100 Reichsmark. Das dritte Heft am 10. 10. 1913. 27.50 - 28.00 Mk. Kogge am 10. 10. 1913. 28.50 - 29.00 Mk. Kogge - das 3. Heft am 10. 10. 1913. Kogge - das 3. Heft am 10. 10. 1913. 11.50 - 12.00 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gierke. - Redaktion und Expedition: Am Graupenstraße 7. - Verlag der „Volksmacht“, G. m. b. H. - Druck bei G. Gierke, G. m. b. H. - Druck in Dresden. - Preis 2 Mark.



**Stadt-Theater.**

Freitag 7 1/2 Uhr: 7375  
 „Figaros Hochzeit.“  
 Sonnabend 7 1/2 Uhr:  
 Neu einstudiert  
 „Fra Diavolo.“  
 Sonntag 7 1/2 Uhr:  
 „Die Afrikanerin.“

**Lobe-Theater.**

Freitag 7 1/2 Uhr: 7387  
 „Professor Bernhardt.“  
 Sonnabend 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:  
 „Die spanische Flirte.“  
 Sonntag 7 1/2 Uhr, zum 2. Male:  
 „Die spanische Flirte.“

**Thalia-Theater.**

Sonntag 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:  
 „Caspar.“  
 Blüthenfest im Thalia-Theater in  
 der Parkstraße und bei Barasch. 7393

**Schauspielhaus**

Heute Freitag, 8 Uhr 7381  
 (und die folgenden Tage):  
 „Der lachende Mann.“  
 Operette in 3 Akten von Edmund Gygler.

**Liebig's Etablissement**

Nur noch kurze Zeit, täglich abds.  
 8 Uhr: Das grandiose (7394)  
**Eröffnungs-Programm.**  
 Sonntag, den 28. September, 4 Uhr:  
 Nachmittags (keine Preise).

**Viktorla-Theater.**

Gastspiel **Tortajada**  
 und die übrigen Kunstkräfte.  
 Anfang 8 Uhr. Bons gütlich.

**Im Circus Busch**

Welt-Kino 7372  
 Das 9 Uhr.  
**Kind von Paris**  
 Lebensdrama in 4 Akten  
 u. d. gr. Bauer-Programms.  
 Ab 27. Septemb. 6 Akte  
**Lebendig tot**  
 u. neues Progr. Nachmittags  
**Aschenbrödel** 6 Akte.

**Hut-Hanke**

Inh.: Joh. Tessmer  
 7245  
**Hüte Mützen**

Friedrich-Wilhelmstr. 23

**Scheuere mit**

**Henkel's Bleich-Soda.**  
 10054/2

**Bei telephonischen**

Anfragen etc.,  
 welche die Intercom-Kommission,  
 Expedient oder Buchführung  
 der „Wahlkommission“ betreffen, an  
 die Geschäftsnummer  
**1206**  
 zu richten.  
 Oder begehen mit der Redaktion  
 der „Wahlkommission“ sprechen will,  
 besuche zur die Geschäftsnummer  
**3141**



**Eine seltene Gelegenheit**

sind unsere neu eingetroffenen, „höchst modernen“

7556

Ulster	für	21.-	28.-	36.-	Mk.
Paletots	für	21.-	28.-	36.-	Mk.
Anzüge	für	21.-	28.-	36.-	Mk.
Hosen	für	450	600	750	Mk.
Westen	für	275	375	475	Mk.
Joppen	für	650	750	850	Mk.

Kaufhaus für Herren-Garderoben G. m. b. H.  
**Neue Schweidnitzerstr. 6**  
 an der Gartenstrasse.

**Schlesisches Konservatorium der Musik.**

Leitung: Königl. Musikdirektor  
**Max Puchat.**  
 Dienstag, den 30. September,  
 7 1/2 Uhr abends:  
**Schüler-Konzert**  
 im Saale der **Lessingloge,**  
 Agnesstrasse 5.  
 Programme à 20 Pf. u. nummerierte  
 Plätze à 50 Pf. (inkl.  
 Programm) im Konservatorium,  
 Ohlauerstr. 74, sowie b. Hainauer,  
 Hoppe and Gleis. 7680

**Wänder-Auktion**

Anfang 8  
 Uhr, im  
 Geschäft Westendstraße 47, I.  
**Kauf gebrannter Möbel**  
 bei Pflg. Fortritte, Todesfall, Heizung,  
 ganz schön, gerichtet geg. ich, Zahl. 10 Pf.  
 Brief. auch mündl. Wähler, Gartenstr. 38  
 und Friedländer 53. 7573

**Kohlennot mit Produkten**

15 Jahre bestehend, zu verkaufen  
 wegen anderweitiger Unternehmungen.  
**Fritz Giersch, Waterloostr. 17.**

**10 Pfund Kartoffeln 25 Pfg.**

Währungsstr. 14. 7492

**Wo?**

Rur Friedrichstr. 53a  
 kann man gebraucht  
 billige Möbel  
 ganz hübsch im Kaufhaus. [7576]

**Sanitätsartikel**

Bruchbänder, Leibbinden:  
 Gradmacher I. Schiefwachsende  
**W. Fritz, Rauschestr. 36.** 6077

**Weltbekannt!**

Stell! Gut! Billig! Kaugummi, etc. 10.50 Pfg.  
 Nach Bruch mundlich 18 Pfg. Sappes 5 Pfg.  
 Post 2.75 Pfg. Kapazität. Markt. 17a, I.

**Nur 50 Pf. wöchentl. betr. die Rate für**

**Dickens Werke**  
 Vollständige in 2 Bänden  
 Gesamtpreis 3 Mk.  
 Zu beziehen durch  
 Kolportage u. Expedition.

**Der Anarchist**

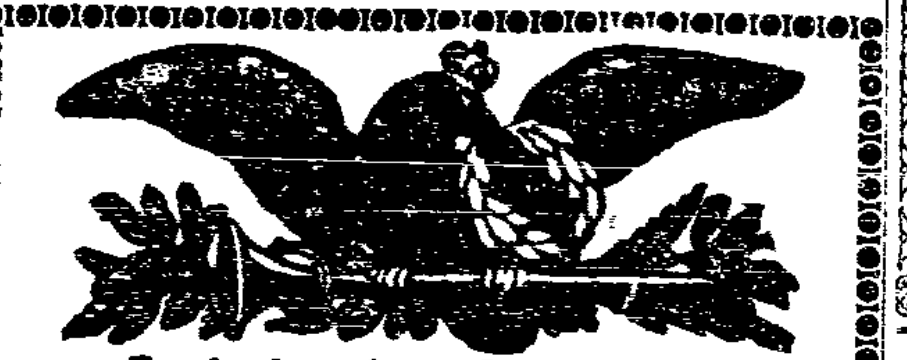
Novellen von Gottschalk  
 20 Pfg. früher 1 Mk.  
 Zu beziehen durch die Expedition

**Freie Turnerschaft Breslau**

Abteilung des Arbeiterturn-Verbandes  
 Sonntag, den 28. September

**12. Stiftungsfest**

in den Sälen des Gewerkschaftshauses  
**Musikalische u. turnerische Aufführungen**  
 Zur erstmaligen Aufführung gelangt  
**großer holländischer Reigen**  
 ausgeführt von 40 Turnertinnen in National-Kostümen  
 Die Musik wird ausgef. von Wittl. des  
**Gr. Ball Breslauer Konkurslerorchesters**  
 Einlaß 3 Uhr Anfang 4 Uhr  
 Programme 85 Pfg. inkl. Billetsteuer.  
 Das Komitee.



**Jahrhundertfeier der**

**Freiheitskriege Breslau 1913**

**KONZERT.**

Im Pavillon vor dem Hauptrestaurant:  
**Kapelle des Dragoner-Regiments Dels (Fitting).**  
 Im Vergnügungspark:  
**Kapelle d. Feld.-Art.-Regts. Nr. 6 (Ruschka).**  
**Natur-Theater.** Nachmittags 4 1/2, 5 1/2, und 6 1/2 Uhr:  
**Hans Sachs-Spiele.**  
 Abends Punkt 8 Uhr in der Jahrhunderthalle  
**„Das Mirafel.“**

**Boranzeygen:**

Sonntag, nachmittag 2 1/2 Uhr, auf dem Sportplatz der  
 Ausstellung: 7582

**Meisterschaften des „Süd-Ostdeutschen Athletik-Verbandes“**

Nachmittag 4 Uhr:  
**Konzert des Leipziger Männer-Chors.**  
 Abends 8 Uhr:  
**„Das Mirafel.“**

**„Das Mirafel.“**

Sonntag und Dienstag  
 letzte Wiederholung des „Mirafel“.

**Leipziger Männerchor**

Dirigent:  
 Musikdirektor Gustav Wönigemuth.

**Konzert**

am Sonntag, den 28. September,  
 nachmittags 4 Uhr

**in der Jahrhunderthalle.**

Eintrittskarten zu 2.—, 1.60, 1.20 und  
 0.60 Mk. bei Barasch, Hainauer,  
 Preuss u. Jünger u. in der Verkehrs-  
 halle der Ausstellung. : : :

**Café Schuster**

Schweidnitzer-  
 strasse 53.  
 Streng solides Familienlokal. 6046

**Original-Phönix-**

**Nähmaschinen**

für Gewerbe- u. Hausbedarf sind die  
 besten der Gegenwart, zum Kunst-  
 sticken besonders geeignet. — Außer-  
 dem empfehlen wir alle anderen  
 Systeme, auch in Spezialmaschinen

**Jul. Dressler & Co.**

Breslau, Ring 6. 7036

**Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.**

**Zu billigsten Preisen**

kauft man das eleganteste und haltbarste  
**Schuhwerk** 7166

solche die denbar größte Auswahl in Stiefeln, Filz-  
 Gummi- und Holzschuhen zu streng realen Preisen nur bei  
**Robert Kretschmer, Schuhmachermeister,**  
 Friedrich-Wilhelmstraße 52.

**„Der wahre Jakob“.**

Sozialdemokratisches Wählblatt. — Heft 10 Pfg.

Die folgende Mutter bewundert mit Ammann's Kindermilch  
 Yogurt  
 Kleine Holzstraße 5-10 - Friedrichstraße 2685 - Lieferung frei Haus  
 7417



## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. September.

### Der sozialdemokratische Verein und der Parteitag in Jena.

In einer Vertreter-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Breslau, die auch von Mitgliedern gut besucht war, ist am Donnerstag im Gewerkschaftshaus über die Verhandlungen und Beschlüsse des Jenaer Parteitages eingehend berichtet worden. Nach lebhafter Aussprache nahm die Versammlung fast einstimmig eine Resolution an, die sich mit den Arbeiten des Parteitages einverstanden erklärt und besonders seine Beschlüsse in der Deckungsfrage und Massenstreikfrage billigt. Eine Entschliessung dahin, anzuerkennen, daß alle Breslauer Delegierten nach bester Ueberzeugung die Interessen der Breslauer Parteigenossen vertreten haben, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Im einzelnen ist über die Versammlung zu berichten.

Es sprachen zuerst die Delegierten Darf, Ziegler und Frau Kurzer.

Darf berichtet über die Verhandlungen des Parteitages und sprach seine eigene Meinung über den Verlauf aus. Die Breslauer Genossen können nicht nur im allgemeinen mit den Beschlüssen zufrieden sein, sondern auch ihre Wünsche haben die verdiente Beachtung gefunden. Die Arbeitslosenfrage ist ihrem Vorrang gemäß zur Verhandlung gekommen. Während der Parteitag keine Zeit fand, sich mit der Not der Arbeitslosen zu befassen, hat unser Parteitag gesagt, daß die Sozialdemokratie nie verfaßt und nie so rüchig ist, wie dann, wenn es gilt, Not und Elend im Volke zu lindern. Der Reichstagsfraktion ist, wie es die Breslauer ebenfalls wünschten, das vollste Vertrauen des Parteitages ausgesprochen worden. Der Antrag auf gesetzliche Maßnahmen gegen die in reichlichen Mengen durch die wichtige Weltmarkt, wie das Arbeitsloshorizont, sündhaft verwehrt werden, ist der Fraktion überwiesen worden. Der Antrag, der die Streikfreiheit beim Arbeitsloshorizont fordert, ist angenommen worden. Nur der Antrag auf Zulassung der Sozialisten, den zu stellen der Redner abgeraten hat, fand keine Gnade. Es ist sich auch kein Breslauer Delegierter dabei verwendet. (Hört, hört!)

Der Redner wandte sich im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen sehr lebhaft gegen das Verhalten des Genossen Ziegler auf dem Parteitag, der bei allen wichtigen Abstimmungen gegen die übrigen Breslauer Delegierten gepöbeln hat. In den Breslauer Erörterungen über den Massenstreik habe sich niemand so sehr auf die Seite von Rosa Luxemburg gestellt, die den Unorganisierten eine große Rolle zurechnet. Nur auf unsere eigenen Leute können wir uns verlassen. Wenn Redner nun auf dem Parteitag eingehen allen Breslauer und schlesischen Delegierten und Abgeordneten der Resolution Luxemburg zustimme, dann ist kein Grund mehr daraus zu machen, daß er mit seinen Ansichten nicht vor der Delegiertenwahl hervorgetreten sei. (Münche und Weisfall.) In der Steuerfrage handelte es sich um die Frage, ob der sozialdemokratische Verein, wie der Reichstagsfraktion, haben beinahe einstimmig die Resolution der Fraktion angenommen. Ziegler habe auch hier gesprochen. Mein Mensch habe ihn beauftragt, eine Resolution gegen die Fraktion zu unterschreiben, wie er es auf dem Parteitag getan. (Weisfall und Unruhe. Zuruf: Das war kein Mensch.) Ziegler hat sich auf dem Parteitag allerdings so benommen, wie wir es hier von ihm gewohnt sind. Wie er hier seinen wichtigsten Zweck zum Ziele brachte, denen das Leben schwer zu machen, die durch das Vertrauen der Genossen auf verantwortungsvolle Posten gestellt wurden, und die auch das höchste Vertrauen der Genossen brauchen, wenn sie erfolgreich für unsere Sache wirken wollen, so hat er auf dem Parteitag gegen den Vorstand, gegen die Generalkommission und gegen die Fraktion gearbeitet, kurz gegen alle, die unser Vertrauen verdienen und gebrauchen. (Große Bewegung.) Einem unvollständigen Reden entsprach es denn auch, daß er gegen die Wahl des Genossen Löbe als Mitglied der Kontrollkommission arbeitete. (Lebhaftes Unruhe.) Wer sich so verhalten will, der hat die Pflicht, das vor seiner Wahl zu sagen. Welchen Zweck mußten denn die Genossen im Reich von Breslau bekommen, wenn so die Delegierten gegen einander arbeiten. Das würde ja den Anschein erwecken, als wären wir hier vollkommen verfallene Parteimitglieder, als müßten die Breslauer überhaupt nicht, was sie wollen, obwohl in allen wichtigen Fragen fast einstimmig Ueberstimmungen herrscht.

Es ist hier nicht nötig, sich in Zukunft die Leute genauer anzusehen, die man auf einen Parteitag schickt, damit die Delegierten nicht wieder ein solches Bild der Unfähigkeit bieten. (Lebhaftes Unruhe.) Das Verhalten des einen Delegierten kann natürlich unsere große Zufriedenheit mit dem Gesamtverlauf des Parteitages nicht beeinträchtigen. Mit aller Kraft wollen wir im Sinne dieser Beschlüsse an der weiteren Förderung unserer Partei arbeiten. (Weisfall.)

Zur Geschäftsordnung wünscht Genosse Rother, die nächsten Redner möchten nicht so persönlich sprechen wie Genosse Darf.

Ziegler: Ich kann einen ausführlichen Bericht nicht geben, weil ich nicht genügend vorbereitet bin, muß aber auf die Ausführungen des Genossen Darf eingehen. Ich glaube, ich bin als Vertreter einer Parteiorganisation nach Jena gegangen, nicht als Reichsträger. Unerquickliches habe ich unter den Delegierten nicht gefunden; man braucht nicht den anderen nachzuspüren. Es ist sonst üblich, daß die Mitglieder urteilen, was die Delegierten getan haben. Darf urteilt aber wie ein preussischer Staatsanwalt. In der Massenstreikfrage habe ich den Standpunkt der nicht kleinen Minderheit eingenommen. Ich bin mit einer Resolution nicht einverstanden, die nur ein Stück Papier ist; Beschlüsse haben wir schon genug gefaßt. Ich bin der Ansicht, daß auf die Tagesordnung setzen des Massenstreiks genügt; die Massen müssen wissen, was wir wirklich wollen, was geschieht, wenn der Massenstreik kommt, was dann die Regierung sagt und tun würde. Sind die Massen nicht vorbereitet, dann brauchen wir keinen Massenstreik, dann ist er in 24 Stunden tot. Wir wissen noch gar nicht, wenn wir mit dem Massenstreik warten, ob die Regierung auch wartet und sich die Massen aus den Händen nehmen läßt. Darum war ich für die Resolution Luxemburg, die eben etwas mehr verlangt, als eine bloße Erklärung für den Massenstreik, die eine Aufklärung der Massen will, was mir und jedem anderen Arbeiter not tut. Daß man mir daraus einen Vorwurf macht, das verstehe ich nicht. Jeder stimmt nach seiner Ueberzeugung; eine bestimmte Richtung hat nicht bestanden. Frank von der äußersten Rechten ist zu Liebnecht auf der linken Seite, alles ging Hand in Hand. Auch in der Deckungsvorlage soll ich mich seinerzeit nicht zum Wort gemeldet haben. Nun, damals hatte ich kein Material. Ich habe mir erst auf dem Parteitag verschafft. Man will viel nach Revolutionäres, vor allem nicht bei manchen Gewerkschaftlern. Gerade durch die Kritik wird so manches gut; man braucht nicht immer nach oben hin zu loben. Wir haben nicht nötig, unsere Grundzüge zu ändern. In Süddeutschland kann ich den Genossen nicht verdenken, wenn sie manchmal

weich handeln, aber in Preußen bei unserer Regierung ist das wesentlich anders. Wir brauchen der Deckung für die Militärvorlage nicht zustimmen; wir hätten da hunderte von Millionen gespart. Auch hier habe ich für die Resolution der Minderheit gestimmt, die sich durchaus auf unser Parteiprogramm stützen kann. Was an Steuern erhoben wird, wägt man immer auf die Massen ab. Wenn wir so weiter arbeiten, dann müssen wir noch mehr Steuern bewilligen. Der Vorwurf gegen die Fraktion geht dahin, daß sie nicht genug Widerstand geleistet und sich damit auf die schiefe Ebene begeben habe. Weil ich für die Resolution der Minderheit gestimmt habe, brauche ich wohl nicht heruntergerissen zu werden. Das mag den Mitgliedern überlassen bleiben. (Sehr richtig!)

Bei der Wahl der Kontrollkommission sagte man, es soll keine Beeinflussung getrieben werden. Die Genossen kamen mit verschiedenen Zetteln und Namen. Kurz und gut, ich habe mich entschlossen, für die zu stimmen, die ich als passend im Parteiverband halte. Das ist mein gutes Recht. Nun sagt Darf, ich habe auf dem Zettel der Genossen Kurzer den Namen Löbe gestrichen. Das entspricht nicht den Tatsachen. Ich habe schon viel Parteitagberichte gehört. Dürf hat gesagt, Ziegler hat das und das getan, dann würde ich sachlich erwidern haben. So mußte ich in dasselbe Horn wie er blasen. (Weisfall.)

Frau Kurzer: Es wurde schon gesagt, man soll nicht so weiter reden, wie angefangen wurde. Ich muß aber sagen, Darf hat mich auf dem Parteitag nicht beeinflusst. Ich möchte noch sagen, daß u. a. Genossin Ziegler und andere darüber sprachen, daß das Kinderzuschlaggesetz nicht genügend ausgebaut ist, nicht auf alle Kinder unter 14 Jahren und auf die Kinder in der Landarbeit. Ferner wurde über die Ausgestaltung der Gleichheit und ihre Kinderbeilage gesprochen und wieder ein Frauentag beschlossen, mit dem wir gute Erfahrungen gemacht haben. (Bravo!)

Neugebauer beantragt die Redezeit der Diskussionsredner auf 10, die der Berichterstatter auf 20 Minuten zu beschränken. Es wird beschlossen, für alle Redner die Redezeit auf 10 Minuten festzusetzen.

Löbe: Die Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Massenstreiks waren nicht so erheblich, aber die Auffassung, die Genosse Ziegler hat, macht er sich ab auch von denjenigen, die die Resolution Luxemburg vertrat. Was er zur Debatte stellen will, das ist natürlich unmöglich, wenn wir die Gegner nicht in unsere vertraulichsten Dinge hineinziehen wollen. In der Deckungsfrage handelt es sich nicht um ein Verlassen der schärfsten Opposition, das beweist schon die Zustimmung; des alten Revolutionärs Rebel. Die Redensart, daß die Regierung sich in Zukunft auf uns verlassen könne, weil wir immer Besitzsteuern bewilligen, ist hinfällig. Denn diese Arbeitsteilung wäre noch erträglich, wenn wir die Steuern bewilligen und die Steuern sie bezahlen, dann wäre es noch recht lange auszuhalten. Ziegler hätte das Recht, nach seiner Ueberzeugung zu stimmen, nur hätte er sie vor seiner Wahl nicht verschweigen sollen, damit wir bei der Delegiertenwahl uns danach richten konnten. Redner beantragt eine Resolution, die den Beschlüssen des Parteitages in der Deckungsfrage und Massenstreikfrage zustimmt.

Worob: Ich muß Löbe sagen, wir haben bei der Besitzsteuer auch zu fragen, wofür sie verwendet wird. Tut man das, so kommt man zu ganz anderen Schlüssen, als die Mehrheit des Parteitages. Wenn man bedenkt, daß wir durch den Militarismus immer mehr bedrängt werden und dann sehen, daß die Fraktion ihm Mittel bewilligt hat, so muß man darüber sein Bescheiden ausdrücken. Wir können nur sagen, daß dem Militarismus gar keine Steuern zu geben sind, wobei vor allen Dingen nach festzuhalten ist, daß alle Steuern, ganz gleich ob direkte oder indirekte, zuletzt von der Arbeit herkommen, die allen Besitz im Staate schafft. Wir können nicht für eine Besitzsteuer sein, die den Zweck hat, dem so gefährlichen Militarismus die nötige Nahrung zu geben. Im Jahre 1908 wurde gerade in Breslau vom Parteitag eine rege Agitation gegen den Militarismus geführt; in der „Volksmacht“ habe ich jedoch davon nichts gefunden. Es ist ein schlechter Weg, den die Fraktion mit ihrer Abstimmung in der Deckungsvorlage begangen hat.

Dombrowsky: Wir sollen nicht persönlich sein, aber Darf hat doch berichtet, wie es noch nicht dargelegt ist. Schon früher haben Breslauer Parteitagdelegierte anders gestimmt, als es die Breslauer Genossen wünschten; aber keinem ist ein Vorwurf gemacht worden. Ich halte die Vorwürfe des Genossen Darf als unbedeutend und schätze eine Resolution vor, wonach wir uns mit der Haltung aller Breslauer Delegierten einverstanden erklären.

W. Müller: Ich habe zahlreiche deutsche und internationale Parteitage besucht, auch den diesjährigen Parteitag, und muß sagen, daß die Verhandlungen den besten Eindruck machten. Persönliche Gehässigkeiten und Spitzfindigkeiten wurden, nicht zum Schaden der Partei, vermieden, man konnte viel lernen und in seinem Inneren gehoben werden. Bei aller scharfen Schärfe hat man sich in der verbindlichsten Form auseinandergelegt, was am besten beweist, daß sich alle der großen Verantwortung bewußt waren. Das hat mich sehr gefreut. Was die Aussprache über den Massenstreik betraf, so schien die Gegenüber nicht unüberbrückbar zu sein. In der Resolution Luxemburg lag einzig eine schärfere Betonung der Anwendungsmöglichkeiten des Massenstreiks. Nach dem Schlusswort des Genossen Scheidemann wäre es das Beste gewesen, Genossin Luxemburg hätte ihre Resolution zurückgezogen. Ich muß aber sagen, ich hätte im übrigen auch für ihre Resolution stimmen können. Die Vorträge über die Steuern waren so gediegen, daß ich nur wünschte, sie würden in unseren Versammlungen recht eingehend durchgenommen. Die beiden Vorträge von Wurm und Südemum waren für die Parteigenossen in jeder Weise zur Belehrung geeignet, wenn es auch richtig sein mag, daß nicht alle ihre Ansichten teilen. Wir hatten noch die Arbeitslosenunterstützung, über die auf dem Parteitage verhandelt wurde. Ich muß sagen, es war eine sozialpolitische Tat, was da geleistet wurde. Ein so prächtiges Referat wie das des Genossen Timm haben wir selten gehört.

Löbe: Die Abwägung der Beschlüsse ist nicht so einfach. Erstens gibt es einen großen Personenkreis, der sie nicht abwägen kann, weil er nicht mehr im Produktionsprozess steht, aber auch den anderen wird das nur ausnahmsweise gelingen. Weil die Kapitalisten den Versuch machen, die Steuern abzumildern, deshalb brauchen wir sie aber auch noch lange nicht freiwillig auf unsere Schultern zu nehmen. Die Annahme der Resolution Dombrowsky ist ganz unmöglich, nachdem einer unserer Delegierten gegen unsere Haltung gestimmt hat. Wir können doch nicht ihm und den anderen gleichzeitig unsere Zustimmung bekunden! Wenn wir aber unsere Zustimmung mit den Beschlüssen des Parteitages aussprechen, dann ist damit auch gesagt, mit welchen Delegierten wir einverstanden sind.

Dombrowsky: In meinem Antrag bringe ich zum Ausdruck, daß Genosse Ziegler bei den Abstimmungen über den Massenstreik und die Haltung der Fraktion bei der Deckungsvorlage nach bestem Wissen gestimmt hat. Ich bin gern bereit, meine Resolution dahingehend zu ändern. Betonen will ich, daß ich nicht gegen Besitzsteuern bin; aber diese sollen für soziale Zwecke verwendet werden.

R. Richter: Es wäre richtiger gewesen, der Parteitag hätte bei der Beratung der Arbeitslosenfrage auch sein Augenmerk auf die Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch das Reich gerichtet. Das ist unter Umständen nicht so als die Arbeitslosen-

Rother: Mit der von Richter gewünschten Schaffung von Arbeitsgelegenheit, kann doch nur die Inangriffnahme von Notstandarbeiten gemeint sein. Damit wird aber nichts Dauerndes erreicht. Im Gegenteil wird dadurch die Arbeit für die Zukunft weggenommen. Will man aber in der Frage der Arbeitsgelegenheit Wandel schaffen, dann muß die Arbeit auf die vorhandenen Arbeitskräfte verteilt werden. Mit einer vernünftigen Arbeitsverteilung fällt aber auch der kapitalistische Klassenstaat. Notwendiger ist es unter den heutigen Umständen, die großen Massen zum Selbstbewußtsein zu bringen. Man soll auch den Massenstreik nicht so sehr im Munde führen, denn wenn der Massenstreik schließlich einmal kommt, dann fehlt den Massen das Klassenbewußtsein. Der Beschluß des Parteitages über den Massenstreik trifft das Richtige. Es muß unter die Massen Aufklärung gebracht werden, es muß ihnen zum Bewußtsein gebracht werden, welches Unrecht sie im kapitalistischen Staat erdulden müssen, dann werden wir die Massen als Kämpfer erziehen und haben.

Richter betont noch einmal, daß er die Arbeitsgelegenheit unter den jetzigen Umständen für besser hält, als eine schlechte Arbeitslosenfürsorge.

In seinem Schlusswort erklärt Darf, es könne keine Rede davon sein, daß die Vorstandsvorlage und die Resolution der Genossin Luxemburg fast dasselbe besagen. Nicht auf den Wortlaut komme es an, sondern auf die Begründung, auch auf das, was die einzelnen Genossen und Genossinnen schon vor dem Parteitage erörtert und geschrieben haben. Die Parteitagsmehrheit wollte nicht, daß die Genossen in falschen Eindrücken leben, sondern die Dinge so betrachten wie sie sind. In der Steuerfrage verteidigt der Redner nochmals die Haltung der Fraktion.

Ziegler: Wenn Genosse Löbe der Meinung ist, daß wir es vor der Reichstagswahl nicht vertreten können, wenn wir die Besitzsteuern abgelehnt hätten, so ist das nicht richtig. Bei der Agitation hätte uns die Ablehnung nichts geschadet. Eine Reichstagsauflösung hätte uns ebenfalls nichts geschadet. Unsere Grundzüge sind uns mehr wert als einige Dutzend Reichstagsmandate. Mit der Bewilligung der Deckungsvorlage aber haben wir unsere Grundzüge verlassen. Wenn wir so weiter machen und Steuern für kulturelle Zwecke bewilligen, kommen wir auf eine schlechte Ebene. Im weiteren vermahnt sich Redner gegen die ihm wegen seiner Abstimmung gemachten Vorwürfe. Auch in Zukunft werde er immer nach seiner Ueberzeugung stimmen.

Bei der Abstimmung wird die folgende Resolution des Genossen Löbe mit allen gegen vier Stimmen angenommen:

„Die Breslauer Parteiversammlung erklärt sich mit den Arbeiten des Jenaer Parteitages einverstanden und billigt insbesondere seine Beschlüsse in der Deckungsfrage und in der Massenstreikfrage.“

Die Resolution des Genossen Dombrowsky, wonach die Versammlung anerkennen soll, daß alle Delegierten nach bester Ueberzeugung die Interessen der Breslauer Parteigenossen vertreten haben, wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit war die Tagesordnung erledigt und die Versammlung wurde um 11 Uhr geschlossen. Es ist noch zu erwähnen, vor Eintritt in die Tagesordnung wurden drei Distriktsführer der Distrikte 4 (Hilfslator) und 16 (Strehlener Vorstadt) von der Versammlung beauftragt. Der vierte Delegierte, Genosse Wiczorek, konnte nicht berichten, weil er krank ist.

### Weiterer Kunst-Abend.

Ein selten schöner Genuß wird den Besuchern des hiesigen Kunstabends zuteil werden, der am Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von dem beliebten Künstlerpaar

Robert und Margarete Koppel

veranstaltet wird und der moderne und satirische Rezitationen, frische Lieder, flotte Tänze und herzige Duette bringen wird, die sich durchweg im Rahmen einer feinen Unterhaltung bewegen.

Die Eintrittskarten sind für 19 Pf. an folgenden Stellen zu haben: Gewerkschaftshaus, Zimmer 37 und im Zigarenladen dahelst, bei Tige, Pumboldstraße 8, bei Reichelt, Matthiasstraße 140, bei Berndt, Leuthenstraße Nr. 53, bei Fannek, Subenstraße 80, und in der Expedition der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 7, zu haben.

### Jahrhundert-Ausstellung

Mirakelgastspiel in Breslau.

Bei der heutigen Premiere des „Mirakel“ legen die Hauptrollen in den Händen der Damen Maria Carony, Mary Dietrich, Frieda Thierbach, Elise Lorenz, Lore Wagner, Laite Mendz, Edwiga Jacobsen, Alice Doll, sowie der Herren Ernst Matray, Josef Klein, Ernst Hofmann, Wilhelm Murnau, Wilhelm Diegelmann, Max Nemeh, Felix Knüpfer, Lothar Mithel, Karl Wilhelm, Eugen Klimm. Sämtliche Partikel sind Mitglieder des Deutschen Theaters zu Berlin. Die Reinszenierungen sind nach Entwürfen von Rudolf Worsky ausgeführt. Die musikalische Leitung der Aufführung liegt in den Händen des Kapellmeisters Einar Nilson vom Deutschen Theater. Die Nonnenchöre werden von Mitgliedern der Breslauer Gesangsakademie (Dir. Theodor Paul) ausgeführt. Das Sopran solo singt Gertrud Meinel, das Alt solo Maria Fiebach. Beide Damen sind ebenfalls Schülertinnen der Breslauer Gesangsakademie. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr. Nach Beginn des Spiels ist der Eintritt nicht mehr gestattet. Eine Pause findet nach dem ersten Akt statt. Ende gegen 11 Uhr. Das Publikum wird dringend ersucht, um Andrang bei den Garderoben zu vermeiden, schon um 7 1/2 Uhr zu erscheinen, damit nach Beginn des Spiels jede Störung ausgeschlossen ist. Wegen der frühen Witterung ist die Jahrhunderthalle geschlossen.

Verlängerung des Mirakelgastspiels für den 29. und 30. September.

Infolge des überaus großen Interesses, das die drei angefündigten Gastspiele bei der Bevölkerung Breslaus und Schlesiens gefunden haben, sind zwischen der Direktion des Deutschen Theaters und der Ausstellungskommision Unterhandlungen eingeleitet worden, die eine Verlängerung des Gastspiels für den 29. und 30. September zur Folge hatten. Karten für diese beiden Vorstellungen sind noch im Vertriebsbureau Warsch und in der Vertriebshalle der Ausstellung zu haben.

### Illiger Tag.

Am heutigen Freitag sind von 3 Uhr ab die Eintrittspreise auf die Hälfte ermäßigt und betragen für Erwachsene 50 Pfg., für Kinder 25 Pfg.



### Kein Ende der Zenerung?

Die erneute Aufwärtsbewegung der Fleischpreise macht die Hoffnungen zunichte, die auf ein baldiges Nachlassen der allgemeinen Lebensmittelteuerung gerichtet waren. Die einzige fühlbare Wirkung der günstigen Ernterückstände im laufenden Jahre war eine leichte Ermäßigung der Kartoffel- und Gemüsepreise. Im Spätsommer war diese natürlich für den einzelnen Haushalt recht willkommen; einen Ausgleich für die Verteuerung der Fleischnahrung bietet sie jedoch nicht, zumal im Winter wieder mit einer Steigerung der Preise für pflanzliche Nahrungsmittel zu rechnen ist. Für eine vierköpfige Familie, Eltern und zwei Kinder, berechneten sich die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelumschlags durchschnittlich auf Mark:

	1911	1912	1913
Juni	23,97	25,85	25,85
Juli	24,37	26,10	25,88
August	24,65	26,66	25,83

Nach der im Monat Juli eingetretenen scharfen Steigerung der Haushaltskosten fällt die unbedeutende Ermäßigung um 0,5 Mark die Woche im Monat August natürlich garnicht ins Gewicht. In der preussischen Landesteilen betragen die Kosten des Nahrungsmittelumschlags in Mark:

	1911	1912	1913
Groß-Berlin	24,30	26,49	26,02
Brandenburg	24,15	27,11	25,76
Polen	25,23	27,42	25,65
Sachsen	25,51	27,59	26,73
Schleswig-Holstein	24,14	25,92	25,58
Danmörk	23,72	25,33	25,54
Westfalen	24,06	26,34	25,98
Sachsen-Massau	25,28	27,07	25,80
Rheinland	26,17	27,62	26,74

Für einige außerpreussische Gebiete wurden folgende Zahlen berechnet:

	1911	1912	1913
Bayern	25,10	26,32	26,12
Königreich Sachsen	23,99	26,86	26,09
Württemberg	24,11	27,06	25,48
Baden	26,51	27,61	26,74
Thüringen	24,76	27,21	26,63

Da in diesem Winter die Versorgung der Städte mit frischem Fleisch und Fischen voraussichtlich nicht im vorjährigen Umfang von den Gemeindeverwaltungen in die Hand genommen wird, dürften die zu erwartenden noch höheren Fleischpreise die Haushaltskosten abermals bedeutend steigern.

### Sittlichkeitsaffäre und Breslauer Presse.

Die „Breslauer Zeitung“ wendet sich in einem Artikel, der aus neuer allerhand Entschuldigungen und Entlastungen für die beschuldigten Bürger zusammenfügt, gegen die „Vollwacht“, weil diese den Fall „parteilich“ auszunutzen sucht, was ganz unzulässig sei, auch wenn es sich bei den Mädchen um Proletariermädchen handle. Demgegenüber möchten wir hervorheben, daß die „Vollwacht“ noch nie lokale Privataffären parteilich auszunutzen versucht hat, die „Breslauer Zeitung“ würde schwerlich einen Beweis dafür erbringen können. Wohl aber würde sie in den Bureaus der verschiedensten Breslauer Komitees manchen Beweis für das Gegenteil finden können, nämlich, daß wir dem Wunsch, solche Affären nicht auszunutzen, jederzeit und selbstverständlich entsprochen haben. Daß es sich in dem neuen Falle ausschließlich um Proletariermädchen handelt, davon sind wir noch garnicht so überzeugt. Selbst wenn wir nur die beiden namentlich angeführten Mädchen in Betracht ziehen, wurde doch von dem einen berichtet, daß es zuerst eine höhere Mädchenschule, dann eine Mittelschule besucht hat. Das pläzt bei Proletariermädchen gerade nicht der Fall zu sein. Also nicht um parteilichere Ausnützung handelt es sich, sondern um die Abweisung eines hohen Männerhandpunktes, der für die Missetaten von hunderttausend Entschuldigungen vorzubringen weiß, die Mädchen aber von oben herab rüchdelnd verdammt, wenn das gemeinsam verübte Verbrechen an den Tag kommt. Wir fanden es und finden es direkt elakhaft, wenn sich die sauberen Gewerke der Schöpfung, die dazwischenwischen milderjährlige Mädchen mißbrauchten, sich nach einer Person die Kinder argwöhnlich zuspüren und dabei vielleicht ihre Geldentaten rühmten, daß sich diese jetzt auf einmal heftend an die Wand

stellen sollen und lächeln: „Ich kann nicht dafür, das behältens zwölftährige Mädchen hat mich verführt.“ Es sollte uns wundern, wenn nicht die erdrückende Mehrheit der Breslauer Zeitungsläser dieselbe Auffassung hätte. Im übrigen scheint es auch uns so, als ob die Gerichte sich durch diese Bearbeitung der Öffentlichkeit nicht im geringsten irritieren lassen, eine Zubericht, die wir sofort geäußert haben.

### Der Hausfriedensbruch des „Schwarzen Kreuzes“.

Der Leiter des Delmathauses „Schwarzes Kreuz“ Willi Dietrich, ist von dem Tage an, wo er sein Asyl für Obdachlose aufmachte, von den verschiedensten Seiten, besonders von der Polizei und vielen evangelischen und katholischen Geistlichen hart bedrängt worden. Dabei muß doch zugegeben werden, Dietrich leistet allen widrigen Umständen zum Trost eine anerkanntswerte soziale Hilfsarbeit, so daß er viel eher kräftige Unterstützung als Verfolgung und Feindschaft verdient. Auch mit der Breslauer Eisenbahn-Direktion hat es Dietrich verstanden.

Wir berichteten seiner Zeit, das Schöffengericht hat den Leiter des „Schwarzen Kreuzes“ von der Anklage freigesprochen, auf dem Hauptbahnhofe in Breslau Hausfriedensbruch verübt zu haben. Am Abend des 20. Februar 1913 wurde Dietrich aus der Verlehnshalle des Hauptbahnhofes gewiesen; die Schwestern der evangelischen und katholischen Bahnhofsmissionen dagegen dürfen dort unbehindert tätig sein. Dietrich hatte sich nicht einmal „dienlich“ in den Bahnhof begeben, er wollte nur ihm schau halten nach zwei Obdachlosen, die ihm am selben Tage mit einer Fuhre Brennholz durchgenommen waren. Mit dem freisprechenden Urteile des Schöffengerichts war die Staatsanwaltschaft nicht einverstanden; sie legte Berufung ein und die erste Strafkammer sagte am Donnerstag, Dietrich ist schuldig und hat 16 Mark Geldstrafe zu zahlen. Rechtsanwalt Wandmann führte zur Verteidigung des abwesenden Angeklagten aus, der Dienstraum des Bahnhofes ist für jedermann zugänglich. So lange sich der Angeklagte nicht unmanierlich oder störend benahm, hatte kein Mensch das Recht, ihn hinauszumehmen. Das für Dietrich geltende Bahnhofsverbot ist unberechtigt und ungesetzlich deshalb, weil andere Missionsgesellschaften von der Bahnverwaltung in keiner Weise bisher beeinträchtigt worden sind. Was bei der ersten Mission nicht vorwärtsdringlich ist, kann berechtigterweise beim Angeklagten nicht anwendbar sein. Die Kammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektor Wunder nahm jedoch an, Dietrich sei sich wohl bewußt gewesen, daß er kein Recht hatte im Bahnhof für seine Mitleid Gäste zu sammeln. Die Gründe des Verurteilten nicht an und das Gericht kenne die Gründe, die für das Verbot bestimmend waren, auch gernicht. Der Angeklagte ist von vornherein in den Bahnhof „widerrrechtlich“ eingedrungen und damit rechtfertigt sich seine Strafe wegen Hausfriedensbruchs. Dem Eisenbahnpräsidenten müsse das Recht zugestanden werden, auch einzelnen Personen den Aufenthalt im Bahnhof zu verweigern, wenn mit dem Aufenthalt ein Zweck verbunden ist, der ganz außerhalb der eigentlichen Bestimmung des Bahnhofes liege. Wenn der Eisenbahnpräsident anderen Missionen den Aufenthalt im Bahnhofe gestattet, nun, so ist das seine Sache.

So, nun weiß Herr Dietrich, was er zu tun hat. Er kann überall die Obdachlosen suchen und sie in sein Haus führen, damit sie vor Wind und Wetter geschützt sind und nicht krank werden und hungern; den Hauptbahnhof darf er nicht betreten. Das ist „Hausfriedensbruch“, wie das Gericht jetzt entschieden hat.

\* Der gute Ruf Breslaus. In die „National-Zeitung“ ist von Breslau aus folgender Angriff auf die hiesige Polizei lanciert worden:

„In Breslau ist man der Ansicht, daß die Polizei in der Verfolgung der (bekannten) Affäre, im Trange sich auszusetzen, einen übergroßen Eifer entwickelt, wodurch das Glück vieler Familien zerstört und der gute Ruf geschädigter Männer untergraben wird. (Dadurch) Die Polizei scheint alle Personen, die überhaupt einmal mit den beiden verhafteten jugendlichen Dirnen in Berührung gekommen sind, verhaften zu wollen, und diese „Schneidigkeit“, verbunden mit dem amtlichen Schweigen, das allerlei Gerüchten Nahrung gibt, läßt die an sich ziemlich gleichgültige Angelegenheit zu einer Sensationsaffäre answachsen, die das Ansehen des Breslauer Bürgeriums ernstlich herabzuwürgen geeignet erscheint.“

Wir weisen diesen Angriff auf die Unparteilichkeit und den Pflichter der Polizei als höchst unangebracht zurück. — Auf einmal ist der „National-Zeitung“ die Breslauer Polizei zu „schneidig“! Auf einmal!

### Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

#### Einem schönen Erfolg

haben die freigeordneten Arbeiter bei der Ausschuswahl der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Landkreises Breslau zu verzeichnen. Der Vorstand der Kasse hat folgendes Wahlergebnis festgestellt:

Bezirk I, Grüneiche:	abgegeben	Stimmen 71	Liste I 2	Liste II 69
1. Karlowitz:	„	214	10	204
2. Neulitz:	„	188	2	184
3. Domschau:	„	110	20	90
4. Brodau:	„	118	8	108

Tamit sind alle 20 Vertreter und 40 Ersatzmänner der Liste I der freigeordneten Arbeiter gewählt. Die „Christlich-Nationalen“ sind gänzlich ausgefallen; sie haben auch nicht einen Vertreter bekommen. Das ist die beste Quittung für ihre gehässige Kampfmethode. Man lese nur folgende Sätze, die kurz vor der Wahl in einem Flugblatt von „Mehreren christlichen und nationalen Massenmitgliedern“ geschrieben waren:

„Die sozialdemokratischen Gewerkschaften wollen nun auch die letzten christlich-nationalen Männer, welche diese Jahre treu und gewissenhaft im Vorstande der Krankenkasse tätig gewesen sind, hinauswählen, um schließlich ganz allein stehen und wahlen zu können. Wir es diese Herren machen, sagt eine Notiz in den Breslauer Zeitungen, daß sie in der allgemeinen Ortskrankenkasse in Breslau kurz vor der Wahl noch schnell zwei Obergenossen mit 2000 Mark Gehalt als Beamte angestellt haben. Es ist daher Pflicht aller nichtsozialdemokratischen Versicherten, am nächsten Montag auch einen weiteren Weg nicht zu scheuen, sondern bestimmt zur Wahl zu gehen, damit in den Ausschuss auch die alten bewährten Männer wieder gewählt werden.“

Was hier von der allgemeinen Ortskrankenkasse und den beiden Obergenossen mit je 2000 Mark Gehalt wird, ist reiner Schwindel, der die Massenmitglieder und -Wähler gehörig täuschen machen und ins Lager der Christlichen treiben sollte. Nun, die Herrschaften dürften wohl jetzt bescheit sein.

Wie gut und nützlich auch die Freigeordneten im Vorstande der gemeinsamen Ortskrankenkasse des Landkreises gearbeitet haben, das zeigt sich am besten bei der Festlegung des ortsüblichen Tagelohnes. Dant Reichsversicherungsordnung hat der Vorstand der Kasse mit zu begutachten, wie hoch dieser übliche Tagelohn sein soll. Bisher galten folgende Sätze:

für männliche erwachsene Arbeiter	1,45 Mk.
für weibliche	0,95 -
für jugendliche männliche	0,75 -
für weibliche	0,55 -

Diese Löhne entsprechen nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Es ist nun dem Vorstande gelungen, den Ortslohn für den Landkreis wie folgt vorzuschlagen:

männliche	weibliche Arbeiter
bis zu 14 Jahren 0,60 Mk.	0,60 Mk.
- 15 - 1,50 -	1,00 -
- 21 - 2,00 -	1,50 -
über 21 - 3,00 -	1,75 -

Offentlich schließt sich das Ober-Versicherungsgesamt, das über den Ortslohn endgültig zu entscheiden hat, diesem Gutachten an. Es ist die höchste Zeit, daß endlich mit allen zu niedrigen Ortslöhnen gründlich aufgeräumt wird. Je höher der Ortslohn ist, um so mehr Krankengeld, Sterbegeld, Unfall- und Invalidenrente usw. muß gezahlt werden. Die Massenmitglieder sehen daraus, das Schalten und Walten der Genossen im Vorstande ist durchaus darauf gerichtet, sie besser als bisher in den Tagen der Krankheit und des Siechtums zu unterstützen.

\* Herrmannsdorf. Einbruch. Auf dem Neubau Herrmannsdorf ist in der Zeit von Sonnabend bis Montag früh die Wand erbrochen worden. Der Einbrecher hat Kleider und Wandverkleidung gestohlen. Als die Leute Montag in die Arbeit kamen, fehlten ihre Sachen.

### Aus aller Welt.

#### Schon wieder ein „anständiges“ Beispiel.

Die Richter der Jahresversammlungen haben Unglück, im Osten wie im Westen. Herr Hauptmann hat mit seinen Besuchen die unter orthodox-konventionellen Einfluß stehenden schlesischen Kriegervereine, sowie den jehüdischen Kampfgesinnung des Anzupringen beleidigt; und der Verfasser des in diesen Tagen zur Erinnerung an Lübeckers Abreise in den Club aufgeführten Beispiels, der Kassauer Geschichtsforcher Spielmann, hat, wie die „Berl. Volkszeitung“ mitteilt, die transpazifische Empfindlichkeit der Altklaren gezeigt.

Die „Köln. Zig.“ schreibt darüber, daß ein katholischer Geistlicher, der in den vorderen Reihen während der ersten Aufführung saß, verließ in auffälliger Weise bei dieser Szene das Beispielshaus, und die „Kölnische Volkszeitung“ greift in ihrer Nummer 222 den zweiten Akt heraus, um zu fragen, warum unter den vielen Beispielen dieser Art gerade das Spielmannsche gewählt worden ist. Eine eigenartige Frage, da es sich doch hier um das besonders für die Kassauer Geister von dem Kassauer Geschichtsforcher und Beispielsdichter Spielmann verfaßte Stück handelt. Dann bekräftigt die „Kölnische Volkszeitung“, daß Spielmann in der Kirche die eigene der Phantasie einen über den üblichen Rahmen hinausgehenden Spielraum eingeräumt habe. Und warum? Weil er Mäcker am Schluß der hiesigen Veranstaltung in der reformierten Kirche zu Land in die Kirche hineinkommen und einige Worte über religiöse Dinge mit dem Pfarrer ablesen sprechen läßt, während nach Dr. Wilhelm Sauer Mäcker gar nicht in der Kirche gewesen sei. Die angebliche religionsphilosophische Unterredung Mäckers mit dem protestantischen Pfarrer Mäcker wurde als unwahrscheinlich, und ihre Entfaltung würde dem Beispiel nur zum Vorteil gewesen sein. In Wahrheit machten diese Worte Mäckers im ganzen Zusammenhang einen starken Eindruck auf die vielen hundert Besucher des Spiels. Um die Geschehnisse der „Kölnischen Volkszeitung“, die an solchen patriotischen Worten Anstoß nimmt, anzusehen zu ermöglichen, sei die fragliche Szene hier im Wortlaut wiedergegeben:

Mäcker (zu Mäcker und Mäcker): Wenn wären wir so zu so weit. Sie, Herr Pastor, hab' ich besonders für die schone patriotische Rede zu danken, wo Sie jedwfalls jehellen haben, wie ich es an die bekehrten Jesuiten von die Leute sehe. Sind Sie katholisch oder lutherisch?  
Mäcker: ... und hier lutherischer Reformierte, Herr Pastor.

Mäcker: Ja bin nu lutherisch, wie wir alle da oben. Aber küssen Sie, Herr Pastor, im Grunde ist det einerlei. Wir haben doch alle dasselbe Evangelium.  
Mäcker: Und in Sachen des Vaterlandes sollte die Konfession nicht gelten.  
Mäcker: Falsch, mein lieber, Paderlands. Liebe ist eben die Religion un Konfession for uns alle.

Diese den Geist von 1813 freilich kennzeichnenden Worte haben den „Kölnischen“ Jörn des rheinischen Zentrums-Klars erregt. Es verlangt ihre Entziehung aus dem Beispielsbuch — ein neuer Beweis, daß die konfessionelle Unzulässigkeit des Ultramontanismus vor nichts zurückweicht. Ein Glück, daß es vor hundert Jahren noch kein „deutsches“ Zentrum, noch keine das Volk empfinden mit ihrer Verbeugung bergsteigende Klirrlige Partei gab.

### Schwere Explosion in einer Dynamitfabrik.

#### Drei Personen tot, zehn schwer verletzt.

Eine verhängnisvolle Explosionskatastrophe hat sich am Donnerstag morgen acht Uhr in der Dynamitfabrik von Carlitz a. Nealin Pox bei Rönitz zugetragen. Durch Explosion von großen Massen von Schießpulver flog die Fabrik in die Luft. Soweit festgestellt wurde, sind drei Personen getötet worden. Fünf Personen sind schwer, fünf andere leicht verletzt worden. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß das Unglück noch mehr Opfer gefordert hat.

Unter den Schwerverletzten befinden sich ein Meister, der inzwischen schon verstorben ist, und vier junge Mädchen im Alter von 15 bis 17 Jahren. Sie haben meist Schädelbrüche und schwere Verletzungen im Gesicht erlitten. Die Fabrik bildet einen großen Zimmerbau; die Kölner Feuerweh und zahlreiche Kräfte sind an die Unfallstätte geeilt. Der Materialschaden, den die Explosion verursacht, ist sehr beträchtlich. Das Unglück geschah durch die Unvorsichtigkeit eines Arbeiters, der gleichfalls sehr schwere Verletzungen davontrug. Viele der umliegenden Häuser wurden durch die Gewalt der Detonation beschädigt.

Ueber die Ursache wird noch gemeldet, daß sie vielmehr darin zu suchen ist, daß in dem Räume, in dem zahlreiche große Röhren mit Schießpulver aufbewahrt wurden, Feuer ausbrach. Infolgedessen gelangten die Röhren zur Explosion. Schwere verletzt wurden fast ausschließlich Mädchen im Alter von

15 bis 17 Jahren. Einzelne der Schwerverletzten haben Schädelbrüche davongetragen, anderen wurden beide Arme und die Beine ausgerissen. In der Unfallstätte stehen jammernd die Angehörigen der Schwerverletzten.

Ein Autorschicksal. Der Doppelmörder Strasser, der am 12. Mai in München den deutschen Geländesattack v. Lewinski und den Wachmeister Wohlender auf offener Straße erschoss, und deshalb zum Tode verurteilt wurde, ist am Donnerstag morgen 6 1/2 Uhr im Hofe des Gefängnisses von Stadelheim hingerichtet worden. Strasser hatte in den letzten Tagen sein tragisches Verbrechen vollständig abgelegt. Nach der Ablehnung seines Gnadenbittens, die er mit höchstem Trost aufgenommen hatte, war er wie umgewandelt. Er betete immerzu, und als er heute früh um 8 Uhr die Kommande erhielt, war er vollständig gebrochen und bot auf dem Wege zum Schafott einen bemerkenswerten Anblick. Er mußte von dem Gehilfen des Schafotrichters gestützt werden. Die Leiche Strassers wurde von seinen Anverwandten auf gekauft (1) und dann auf dem Münchener Friedhofe beerdigt.

100 000 Kronen verpielt. Am Sonntag nachmittag fand in Budapest in dem Spielhaus des Landestafinos ein Spiel statt, an dem sieben bis acht Mitglieder des Kaffinos und der Gutsbesitzer Karl Wibo teilnahmen. Es wurde „Pierchen“ gespielt. Bei dem Spiel, das bis zum Morgen des nächsten Tages dauerte, verlor Wibo mehr als 100 000 Kronen.

Man wird gut tun, sich dabei zu erinnern, daß die ungarischen Magnaten jede Verbesserung der traurigen Lage ihrer Landproleten auf das brutalste durch strupelloses Blutvergießen zu verhindern suchten. Dort hieß es immer, sie können nicht mehr zahlen. Hier aber werden Hunderttausende in einer Nacht verpielt.

Kampf mit Wilderern. Aus Belmierz wird gemeldet: Im Walde nächst Kostal entspann sich zwischen Jägern und Wildbienen ein Kampf. Ein Wildbied wurde getötet, ein anderer schwer und ein dritter lebensgefährlich verletzt.

Spinale Kinderlähmung. Die spinale Kinderlähmung ist auch in Darmstadt aufgetreten. Bisher wurden fünf Fälle festgestellt, von denen einer tödlich verliefen ist.

Greife Eisenbahnwägen. Auf der Transbaltalbahn wurde gestern ein Bahnbeamter, der mit über 20 000 Mark zur Entlohnung der Bahnarbeiter fuhr, im Zuge geraubt. Die Wägen, die im Zuge mitzuführen, brachten durch Gebrauch der Wägenhäuser. Dremse den Zug zum Stehen, festsetzten den Maschinen auf der Lokomotive und schossen zwei Bahnwärter nieder. Darauf raubten sie den Bahnbeamten aus und entzogen sich.



**Seine Frauenversammlung.**

Für den nächsten Montag war eine große Frauen-Versammlung mit Genossin Sieh aus Berlin als Rednerin geplant. Diese Versammlung kann Umstände halber nicht abgehalten werden.

**Stadtverordneten-Versammlung.** Die nächste Sitzung ist Mittwoch, den 1. Oktober.

**Der deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband** (diesmal ist es die Hauptverwaltung in Hamburg) schickt uns schon wieder eine Verächtigung; sie ist vom Vorsitzenden Herrn Wechly unterzeichnet und lautet:

Verächtigung: Die in der „Volkswacht“ vom 9. September wiedererlebene Behauptung, ich hätte offen erklärt, nicht für die Wechlyen unter 2000 Mark einzutreten zu können, ist unwahr. Ich habe nur erklärt, daß der Hauptausgleich zur Verbesserung einer staatlichen Pensionsversicherung für seine Vorschläge nicht die Anstellungsbefähigungen der ungelerten Arbeiterkräfte zur Nicht-Entlassung der Arbeiter, sondern daß bei seinen Forderungen in erster Linie an die überwiegende Mehrheit, an die gelehrten Privatangehörigen, gedacht werden müsse. Hans Wechly.

Dazu müssen wir bemerken, die fragliche Behauptung ist in einer Verammlung von Industriellen Beamten am 7. September 1913 gefallen, worüber wir sachlich berichtet haben. Die Volkswacht hat also eigentlich nichts zu berichten.

**Ein Automobilunfall.** Der am Mittwoch angeblich durch Automobilunfall gestorbene Reisende Oskar Volka ist, wie amtliche Feststellungen ergeben haben, einem Herzschlage erlegen. Ein Automobil nahm den Erkrankten auf, um ihn ins Wenzel-Garde-Krankenhaus zu schaffen. Das hat zu der irrthümlichen Annahme verleitet, das Auto hätte ihn überfahren und tödtlich verletzt.

**Sturz von der Treppe.** Heute früh gegen 7 Uhr erlitt ein Mann im Hause Wenzelstraße 17 beim Herabsteigen von der Treppe plötzlich einen Krampfanfall und stürzte die Treppe herunter. Der Mann hat schwere Verletzungen erlitten. Herbeigerufene Samariter der Feuerwehr legten dem Verunglückten einen Verband an und schafften ihn ins Wenzel-Garde-Krankenhaus.

**Zusammenstoß von Radfahrern.** Donnerstag gegen Abend fuhren zwei Radfahrer in schnellem Tempo gegenseitig um die Ecke Wenzelstraße und prallten zusammen. Der Anprall war so heftig, daß beide stürzten, das Rad des einen Radfahrers vollständig in Trümmer ging und auf dem Rücken weitertransportiert werden mußte.

**Ein Kind überfahren.** Donnerstag abend ist auf der kleinen Schwanenstraße ein 12 Jahre alter Junge von einem Automobilwagen überfahren und schwer verletzt worden. Die Kinder gingen dem Kneben über die Unterhosen. Er mußte in ein Krankenhaus geschafft werden.

**Umgefallener Laternenkinder.** Am Freitag früh wurde auf der Walthausstraße, in der Nähe des städtischen Bauhofes, ein Gaslaternenkinder von einem Fuhrwerk umgefahren. Das Gasrohr brach entzweit und das Gas strömte in großen Mengen aus. Da man fürchtete, das Gas könnte sich entzünden, rief man die Feuerwehr herbei, die die Gasabströmung verhinderte und so jede Gefahr beseitigte.

**Vereine und Versammlungen.**

**Gewerkschaftsarbeit Breslau.** Heute abend im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses Versammlung des Gewerkschafts-Komitees mit wichtiger Tagesordnung; u. a. soll die Wahl des Bezirkssekretärs bestätigt werden.

**Konsum- und Sparverein „Vorwärts“.** Donnerstag, den 2. Oktober, im Gewerkschaftshaus orcentliche Generalversammlung mit den Geschäftsberichten und einem Vortrag über „die Geschäfts- und Verwaltungsreform in unserem Verein“.

**Das 12. Jubiläum** feiert am Sonntag, den 28. September, die freie Turnerschaft Breslau in beiden Sälen des Gewerkschaftshauses. Wie immer bei Festen der freien Turnerschaft steht eine Fülle turnerischer Darbietung bevor.

vor. So wird u. a. auch ein holländischer Meigen in Nationaltracht von 40 Turnerinnen zur Aufführung kommen. Ein gemeinschaftlicher Ball beschließt das Fest, dessen Anfang auf nachmittags 4 Uhr festgesetzt ist. Es ist auch diesmal wie bei allen früheren Veranstaltungen der freien Turnerschaft zu erwarten, daß die organisierten Arbeiter die Turner, die sich immer selbstlos in den Dienst der Allgemeinheit stellen, durch zahlreichen Besuch unterstützen, zumal der Eintrittspreis mit Rücksicht auf das zu vielende verhältnismäßig gering ist. (Näheres Inserat.)

**Theater, Konzerte und Vergnügungen.**

**Stadttheater.** Heute Freitag wird Mozarts Meisteroper „Figaros Hochzeit“ mit den Herren Wilhelm, Oster, Bierroth, Baron, Capell und den Damen Justa, Karowka, Kleinhardt und Heimlich gegeben. Für Sonnabend wird Mübbers komische Oper „Fra Diavolo“ in neuer Einstudierung durch die Herren Richter und Richter vorbereitet. Die Utepartie singt Paul Hochheim, den Lord Julius Wilhelm, die Lady Wurga Weich, den Lorenzo John Gieser, die Zerline Frieda Bauer. Die Prädiken werden von Max Marlin und Walter Capell dargestellt. Sonntag findet die erste Wiederholung von Meyerbeers großer Oper „Die Afrkanerin“ in der neuen Inszenierung statt.

**Oper-Theater.** Heute Freitag, den 26. September, gelang im Oper-Theater, wie bereits mitgeteilt, Professor Venzhardt in der bekannten Fassung um 7 1/2 Uhr zur Aufführung. Morgens Sonnabend ist bei uns die Erstausführung des überaus heiteren Schwanks „Die spanische Fliege“ von Franz Arnold und Ernst Bach. Dieses Stück wird demnächst auch am Lustspielhaus in Berlin zur Aufführung kommen und hat bereits an vielen deutschen Bühnen großen Erfolg gehabt. Die Hauptrolle spielt unser beliebter Herr Oskar Will, der auch die Regie dieses Stückes führt. Außerdem sind noch beschäftigt die Damen Edert, Mübbers-Siegemann, Probst, Müller, Wenack, und die Herren Barna, Götter, Palpein, Knaack, Schöbikel und Waldmann. Beginn 7 1/2 Uhr.

**Das Schlesiische Konservatorium** (Kgl. Musikdirektor Max Buchal) veranstaltete am Dienstag, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr, ein Schillerkonzert in der Lessing-Vloge, Agnesstraße 5, mit Vorträgen für Klavier, Violine, Klarinette, Trompete und Gesang. — Programme und nummerierte Plätze sind im Konservatorium, Ohlauerstraße 74, sowie auch bei Pannauer, Poppe und Glets zu haben.

**Jugend-Volkstheater.** Heute Freitag zum letzten Male das ergreifende Drama „Kind von Paris“, 4 Akte u. 16. Ab Sonnabend das sensationserregende erschütternde Drama „Lebendig tot“, 6 Akte. Neues Programm. Nachmittags „Nebenbrüder“, 3 Akte und 10 humoristische Schläger.

**Breslauer Schauspielhaus.**

„Der lachende Themann“, von Edmund Gösler. Am Donnerstag trat in dieser reizenden, überaus lustigen Operette an Stelle von Fräulein Adam als „Della Bruchner“ Fräulein Grete Timar auf. Die Dame hatte bereits im vorigen Winter ihr Debüt in „Nacht tanzt Walzer“, abgelegt und sich dort als eine recht verwendbare Kraft auszuweisen. Auch gestern machte die Rümmlerin, obgleich sie anfänglich mit einer starken Indisposition zu kämpfen hatte, mit ihrer sympathischen Bühnenscheinung, ihrer namentlich in der Höhe klaren Stimme und ihrem anmutigen, dezenten Spiel einen recht günstigen Eindruck. Die Operette, die gestern zum 6. Male gegeben wurde, erfuhr bei weitem nicht die ihr gebührende Sorgfalt; im Dialog machte sich der Souffleur stark bemerkbar, wenn Kunstpausen eintraten und auch die Musik wurde seitens des Orchesters manchmal arg mißhandelt. Der Eingangsschor klang miserabel und war stellenweise außer Rand und Band. Meiner Ansicht nach beruht das Gelingen eines Operettenerfolges darin, daß das Werk allabendlich mit derselben Hingabe gespielt wird. Eine schlechte Aufführung spricht sich schneller herum als eine gute. D. W.

**Neueste Nachrichten.**

**Anschlag gegen den portugiesischen Ministerpräsidenten.**

Lissabon, 25. September. Hier wurde ein früherer Polizeitagant, der in eine Verschwörung verwickelt ist, verhaftet.

Lissabon, 25. September. Wie die Blätter melden, stand einer der gestrigen Verhafteten ein, daß ein Komplott bestand, um den Ministerpräsidenten Alfonso Costa zu ermorden. Der Verhaftete gab an, wie der Anschlag ausgeführt werden sollte und nannte die Namen aller seiner Mitschuldigen.

**Die albanisch-serbischen Kämpfe.**

Belgrad, 26. September. Nach den letzten Meldungen haben die Albaner Galißchit genommen. Kitcherow, Gostivar und Kallandelen sind von Flüchtlingen überfallen. Angeblich sollen auch schon Struga und Ochrida in die Hände der Albaner gefallen sein. Von anderer Seite wird gemeldet: Die Albaner nahmen nach erbitterten Kämpfen mit schwachen serbischen Truppenabteilungen Galißchit und Marowovo ein. Die Lage ist sehr ernst für Struga und Ochrida, da Struga gar keine Besatzung, Ochrida nur eine schwache von 90 Mann hat. Gegen Ochrida marschieren auch von Elbassan her 2000 Komitabschis, die von bulgarischen Offizieren befehligt werden. Am Dienstag haben starke Abteilungen der Albaner Skatolka angegriffen, wurden aber abgewiesen. Sie hatten gegen 400 Tote und 600 Verwundete und verloren 82 Gefangene. Die Albaner bereiten von zwei Seiten, von Dibra und Elbassan, den Vormarsch auf Monastir vor.

Wien, 26. September. Wie aus Valona gemeldet wird, beabsichtigen dort Flüchtlinge aus den Stämmen Gasi und Kramlic in Neufahrten, daß der Aufstand der Albaner durch unerhörte Gewalttaten der Serben hervorgerufen wurde. Serbische Behörden zeigen die Albaner durch Provokationen und Verdrückungen und bestrafen sie dann bei Widersehrlichkeit mit Hängen und Erschießen. Die serbischen Truppen drängen in das albanische Dorf Fackaj ein und wollten die Einwohner entwaffnen. Als sie sich widersetzen, wurde das ganze Dorf vernichtet.

**Die Streiklage in England.**

London, 26. September. Der Eisenarbeiterstreik in Manchesters ist gestern beendet worden, nachdem die Arbeitgeber die Bedingungen der Streikenden angenommen hatten. Auch die ausständigen Kohlenarbeiter in Swansental und in der Westwood-Beche in Northumberland lehrten gestern zur Arbeit zurück. Die Kohlenarbeiter der Elbon-Beche in der Grafschaft Durham legten die Arbeit nieder.

**Vom Schlachtfeld der Arbeit.**

Auf einer Beche in Wanne explodierte vorzeitig ein Sprengschuß. Zwei Bergleute wurden getödtet.

Auf dem Bahnhof in Frankfurt a. M. wurde in der Feuerkiste einer Lokomotive der mit Reparaturarbeiten beschäftigte Schlosser Wiedinger tot aufgefunden. Man nimmt an, daß er durch die giftigen Gase der Feuerkiste den Tod gefunden hat.

**Wasserstands-Nachrichten der Oder.**

Ort	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand				
Wesche	11,99	1,08	2,37	0,10	8,80	1,86	4,73	2,75	1,57	1,34	1,14	0,92	1,25
Wesche	12,05	1,08	2,42	0,11	8,92	1,86	4,74	2,72	1,55	1,32	1,14	0,94	1,28
Wesche	11,88	0,98	2,12	0,42	2,46	2,07	4,07	2,38	1,88	1,56	1,09	0,14	1,28

\*) Auslieferungshöhe l. Rothwitz 3,50 für Treßchen; (Dobers) Ohle-Niederung 3,27.

**Von Sonnabend, den 27. September: Ausgabe Doppelter Rabattmarken**

**Kaufhaus A. Robowski, Gräbschenerstrasse 54**

Filialen: Hohenzollernstr. 2, Gräbschenerstr. 82a, Westendstr. 51, Leuthenstr. 51.

Am 25. September, morgens 4 Uhr, verschied unser Kollege, der Arbeiter **Paul Bloftzyk** im Alter von 26 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren **Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des Verbandes der Fabrikarbeiter.** Beerdigung: Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des evangel. Friedhofes in Cosel aus. 7577

Am Dienstag, den 23. d. Mts., verstarb nach längerem Leiden unser Kollege und Mitarbeiter, der Schmelzer **Heinrich Hiller.** Ein dauerndes Andenken wird ihm bewahren **Das Fabrikpersonal der Firma H. Meinecke A.-G.**

**Dankagung.** 7555 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und für die herrlichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, Vaters u. Onkels, **Wilhelm Rüttner**, sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Besonders dem Transportarbeiter-Verbande und dem Sozialdemokratischen Verein und den Mitgliedern der Begräbniskasse Archimedes, sowie allen Freunden und Bekannten. **Die tieftrauernden Hinterbliebenen.**

**Kaufet Masur's Schuhe, Schmiedebrücke 57.**

**Arbeitsmarkt.** **Brauerei** sucht einen fleißigen, gewandten, schon in Brauerei gewesenen **Maschinisten,** 7571 der mit der Bedienung von Dampf-, elektr. Stöß-, Kraft- sowie Eismaschine vollständig vertraut ist und Reparaturen selbstständig ausführen kann. Bewerber wollen Offerten ohn. Freimarke mit Angabe des Alters, Lebenslauf, Zeugnisabschrift, u. Familienverhältn. unter **B. S. 102** an die Expedition dieser Zeitung einsenden.

**Schuhwaren!** Wir suchen per sofort **perfekte Verkäuferinnen** für unser in Breslau, Neuschestrasse 44/45 zu eröffnendes Schuhgeschäft. **Ernst David & Co., Posen.** 7542

**Lichtige Hölzer und Widelmaderinnen** finden dauernde Beschäftigung bei **Gleisberg & Wollstein, Zigarrenfabrik** Lohestrass 32. 7581

**Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Ohrringe etc.** 6918 nur gutes Fabrikat zu billigsten Preisen. Spezialität: **Eugenlose Trauringe.** **Max Frenzel, 39 Friedrich-Wilhelmsstr. 39** Kataloge über Uhren u. Goldsachen sowie Gemischtwaren gratis und franco. 39

**Kleiner Anzeiger** Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte **10 Pfennige.** Abonnenten haben gegen Gutschein 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

**Kauf und Verkauf** **Christmann und Sozialdemokrat** von August Debel. 0.10 **Christmann und Sozialdemokrat** von A. Debel. 0.10

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ berufen. Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

**Dauer-Wäsche** **N. Schinte, Breslau** **Schmiebrücke 31.** **Diegnitz, Burgstraße 74.** **Seit sauber, für den täglichen Gebrauch unentbehrlich.** 6388







## Parteigenossen!

Die Konstituierung des Parteivorstandes ist erfolgt. Die Adresse des Parteivorstandes ist wie bisher:

W. Bod, Gotha, Grimmastraße 17.

An diese Adresse sind sämtliche für den Parteivorstand bestimmten Zuschriften, auch die betreffend die Fraueng agitation, zu richten.

Alle Geldsendungen sind nur an den Parteikassierer

D. Braun, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3,

zu richten. (Postfachkonto Nr. 7918 N. Berisch, J. Ebert, D. Braun, Berlin, Lindenstraße 3.)

Zur Kontrolle des Parteivorstandes und als Beschwerdestanz ist die aus neun Personen bestehende, im § 23 unseres Organisationsstatuts vorgesehene Kontrollkommission gewählt worden. Sie hat sich im Anschluß an den Parteitag in Jena konstituiert und sind alle Zuschriften für sie an

W. Bod, Gotha, Grimmastraße 17

zu richten.

Die Adresse des Bildungsausschusses lautet wie bisher:

H. Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Wir eruchen die Vorstände der Landes-, Bezirks- und Wahlkreisorganisationen auf Grund des Organisationsstatuts, uns die genauen Adressen ihrer Vorsitzenden und ihres Kassierers sofort mitzuteilen. Ferner eruchen wir die Landes- und Bezirksvorstände, uns nach erfolgter Wahl sofort mitzuteilen, wen sie nach § 20 des Organisationsstatuts zu ihrem Vertreter im Parteiausschuß bestimmt haben.

Berlin, den 27. September 1913.

Der Parteivorstand.

## Der Parteitag im Spiegel der Parteipresse.

Der Jenaer Parteitag ist in unserer Presse ganz überwiegend mit Befriedigung und Beifall besprochen worden, so daß sich eine Wiederholung ähnlicher oder gleicher Urteile in breiter Ausführlichkeit erübrigt. Nur das Wichtigste sei in den nachfolgenden Zeilen wiedergegeben:

„Mit dem Verlauf des Parteitages können wir gleichwohl zufriedener sein. Weniger unsere Gegner, sind doch all ihre törichten Hoffnungen auf beständige Zusammenhänge, auf unauflösbare unerschütterliche Gegenstände gründlich zerschanden geworden. Meinungsverschiedenheiten bestehen, — und wir wären die letzten, die das Vorhandensein erheblicher Differenzen verurteilen wollten, — aber ebenso besteht der feste und ehrliche Wille zur Verständigung, zum geschlossenen Zusammengehen, zum gemeinsamen Schlagen. Vorläufig können unsere bürgerlichen Freunde ihre Spaltungs- und Zerlegungshoffnungen also wirklich begraben. Nicht minder auch ihre Wankerngshoffnungen. Denn die übergroße Mehrheit der Partei ist offensichtlich entschlossen, von der alten Taktik der Partei auch nicht um Haarsbreite abzuweichen.“

Die Ansichten trennen sich erst bei der Beurteilung der momentanen Diskussion des Massenstreiks. Aber auch darüber dürfte nach der Debatte kaum noch ein Streit sein, daß bei der Erzählung des Proletariats zu sozialistischen Kämpfen auch der Gedanke von Wert und Wichtigkeit ist, daß jeder Sozialdemokrat entschlossen sein muß, im gegebenen Augenblick seine ganze Persönlichkeit, seine volle Energie in die Schanze zu schlagen. Das ist ja im Grunde natürlich nicht Neues, sondern etwas Altes. Aber die Kunst der politischen Agitation besteht nun einmal in eindringlicher Wiederholungen, und schließlich zwingt gerade auch die wachsende Tagesarbeit dazu, gerade die Grundprobleme dem Verständnis und dem Gefühl unserer Anhängerinnen möglichst eindringlich zum Bewußtsein zu bringen. Der Massenstreik wird durch immer erneute Betonung seiner Notwendigkeit dem Proletariat auch wahrhaftig nicht bereitet werden. Im Gegenteil: wenn einmal der Augenblick kommt, wenn der Sturm losbricht und wenn dann die Leitungen der Organisationen den Massenstrom in das Welt einer kraftvollen, zielklaren und wohlüberlegten Aktion leiten, dann wird gerade durch die lange Kampfbereitschaft der Proletarierarmee auch die Gewähr gegeben sein, daß der Vorstoß nicht zerfällt und zerschelt.

Zur Steuerfrage haben wir unsere Meinung bereits gesagt. Die Wahl des kleineren Uebels entspricht in der Tat der alten Taktik der Partei. Und wenn die Anwendung dieser Taktik auf den konkreten Fall der Steuerbedrückung für Militärs auch neu ist, so fällt sie darum doch nicht aus dem Geist der bisherigen Taktik heraus. Die Verleumdung des Militarismus ist das erste Gebot der Partei. Wenn jedoch trotz allen Kampfes die Rüstungen gesichert sind und es sich nur noch darum handelt, ob die Sozialdemokratie dem Proletariat nun wenigstens die Last der Steuerausplünderung ersparen kann, so kann die Entscheidung füglich nicht anders ausfallen, als der Parteitag beschloß.

Trotzdem war auch in diesem Falle die Opposition und Kritik erfreulich. Lag ihr doch die Sorge zugrunde, daß durch ein solches Vorgehen die prinzipielle Schärfe unserer Bekämpfung des Militarismus abgestumpft und die vergleichsweise sekundäre Frage der Steuerbedrückung allzu sehr in den Vordergrund gerückt werden könnte. Diese Gefahr ist in der Tat nicht zu verkennen. Aber sie konnte nicht in der Form abgewehrt werden, wie das die Resolution 111 zeigt, sondern ihr kann nur für jeden Einzelfall durch rechtzeitige Wachsamkeit der Fraktion und der Partei begegnet werden. Sorgen tut dafür, daß die Deckungsfrage nicht den Anbegriff unserer Bekämpfung des Militarismus und Imperialismus bildet, vertieft wir in Literatur, Presse und Flugblättern unseren Kampf gegen ihn — das ist das beste Verhütungsmittel, unsere prinzipielle Frontstellung zu verwirklichen. Wie dem überhaupt der Gefahr für die Partei niemals durch einmalige Resolutionen und taktische Festlegungen abgewehrt werden können, sondern nur durch Klänge des sozialistischen Geistes an jedem Akt und Respektierung unserer Grundzüge in jeder kleinsten Tagesfrage.

### Leipziger Volkszeitung:

Mit besonderer Freude können wir feststellen, daß auf dem Parteitag zu Jena nicht von Verunsicherungen zu bemerken war, daß die Gegenstände klar und entschieden dargelegt worden sind, so daß eine weitere gesunde Entwicklung des geistigen Lebens in der Partei gesichert ist. Und wir dürfen uns weiter freuen, daß dieser Antrag der Meinungsverschiedenheiten in einer Weise gegeben ist, die ihnen alle schädlichen Nebenwirkungen fernhält. In früheren Jahren haben sich die großen sachlichen Auseinandersetzungen häufig genug mit widrigem, persönlichem Gezänk verknüpft, das ihre nützliche Wirkung teilweise stark beeinträchtigt hat und un-

tern Feinden manches Wandern bereitete. Diesmal sind sie also nicht auf ihre Kosten gekommen. Wenngleich in der Massenstreikdebatte der Referent Genosse Scheidemann der Versuchung, die Debatte auf persönliche Gebiet hinüberzuspulen, nicht ganz widerstanden hat, so ist ihm der Parteitag dabei nicht gefolgt. Im ganzen sind die Verhandlungen getragen gewesen von dem Geist der Kameradschaftlichkeit und Brüderlichkeit; sie hinterlassen in allen ihren Teilen den Eindruck ernst, sachlichen Ringens um wichtige Entscheidungen. Und bis in die Debatten und Abstimmungen um die kleinsten Einzelheiten des Arbeitspensums geht der Zug strengen Verantwortlichkeitsgefühls, vor dem das Kleine nicht mindere Sorgfalt zu beanspruchen hat, wie das Große. Die Art, wie am letzten Tage über Beschwerden, über den Fall Nadel entschieden wurde, läßt das trotz gelegentlicher Rundgebungen der Ungeduld, die einzelne Redner über sich ergehen lassen mußten, sehr deutlich erkennen.

Und was ist der sachliche Ertrag des Parteitages? Er hat eine Massenstreikdebatte gebracht, die nicht bloß auf der Höhe stand, die man ihr hätte wünschen mögen, und die Annahme einer Resolution über den politischen Streit, die nicht die scharfe, entscheidende Antwort auf die neuesten Drohungen und Herausforderungen unserer Feinde darstellt, wie sie uns angebracht erschienen wäre, der der Geist der Offenheit fehlt, die sie hätte haben müssen. Aber es bleibt immerhin als Gewinn ein erneuter kräftiger Vorstoß für den preußischen Wahlrechtskampf, der für die Arbeit unserer preussischen Genossen nicht ohne nützliche Folgen bleiben wird. Die Logik der Tatsachen hat sich wieder einmal stärker erwiesen als die der Menschen. Der Parteivorstand war ausgesprochen, um die Massenstreikaktion zu erlegen, und Genosse Scheidemann hat als sein Speerführer das Mögliche getan, um diese schwierige Aufgabe zu erfüllen. Nachdem er aber die Drachen Syndikalismus und Putzschlamm getötet, die er, wie Genossin Rosa Luxemburg in ihrer ähnelnden Satire erklärte, selbst ausgebrüht hatte, da führte ihn die politische Notwendigkeit, und die unumgängliche Reaktion gegen die Rede des Genossen Bauer selbst dem Lager der Massenstreikaktion näher, und es wurde sehr schlüssig, so wenig erfreuliche Parteien es sonst aufwies, zu einer Erklärung, die die an sich unzulängliche Massenstreikresolution des Vorlaudes fast vollständig gütlicher machte. In seiner wesentlichen Schlußfolgerung hat Genosse Ebert dann diese Deklaration noch unterstrichen und veranschlicht. „Wahlreform in Preußen oder Massenstreik“ diesen Ertrag der Debatte können auch diejenigen Genossen, die sich um die Resolution Luxemburg scharfen, gutheißen. Alle ihre Forderungen sind freilich nicht erfüllt, aber die Erörterung hat der Klärung des Problems vorgearbeitet und die Widerheit, die sich auf die Resolution Luxemburg vereinigte, ist nicht geblieben.

### Frankfurter Volksstimme:

In Jena berieten und beschloßen die Beauftragten der großen Volksmasse, und was ihre Verhandlungen anzusehen: sie waren politisch von Anfang bis zu Ende beherrscht vom festen Willen der Arbeiterbewegung und doch klug und verständlich in der Wahl der Kampfsmittel. Stellen hat ein sozialdemokratischer Parteitag so klar und fest zum Ausdruck gebracht, daß sich Revolution und Reform im Sozialismus einen. Zudem er alle unzeitigen Massenpußereien abweist, befähigt er den Entschluß, den preussischen Junkern ihre Privilegien durch den wohlorganisierten Massenkampf zu entreißen. Zudem er sich hinter Parteileitung und Reichstagsfraktion bei den Steuerkämpfen stellt, besiegelt er nicht bloß die Einheit unserer Reichsbewegung, sondern härtet auch die Stellung unserer Reichsbewegung gegen Militarismus und Marinismus. Und wenn er die politische Aktion für die Arbeitslosen unbedingt begründet und als die Hauptaufgabe der kommenden Monate unterstreicht, lehnt er die Nahrungswirtschaft ab und lagert er den Führern der Berufsorganisationen, daß sie im politischen Kampfe die höhere Aufgabe zu erheben haben. Deshalb haben die bürgerlichen Pressenmacher so gründlich unrecht, die da sagen, wie die „Tägl. Rundschau“, mit der Etablierung der Gewerkschaften sei die Partei in das Stadium größerer Mächtigkeit, aber auch verminderter Stoßkraft getreten. Die Gewerkschaften müssen mit ihrem Geld und ihren Kräften rechnen, sie haben Recht zum verteidigen und haben in ihren Streiks eindringlich fordern gelernt, daß die verrottete bürgerliche Gesellschaft, die selber ein Windstoß unfaßbar sollte, doch eine Macht ist, an der man sich die Köpfe einrennen kann.“ Das Gegenteil dieser „Gegenmeinung“ beherrscht unseren diesmaligen Parteitag. Die Einheit von Partei und Gewerkschaften wird unsere Stoßkraft geradezu steigern. Die Politik der Tat statt die des Wortes wird uns immer enger zusammenschneiden und immer unübersteiglicher machen.

### „Hamburger Echo“:

Stellt sich der dritte in Jena abgehaltene Parteitag seinen Vorgängern von 1911 und 1905 an Bedeutung gleich? Wenn lediglich auf die Beschlüsse geachtet wird, wohl kaum. Nur in der Frage der Arbeitslosigkeit kam es zu einem einhelligen Votum der ganzen Versammlung und zeigte die Geschlossenheit der Partei der kapitalistischen Gesellschaft gegenüber. Aber in Fragen der Taktik kamen starke Abweichungen der Auffassungen und Meinungen vor. So zum Beispiel in der Massenstreikdebatte, die wir bereits behandelt haben. Aber wenn es sich hier wesentlich um Grade in der Beurteilung der Möglichkeiten und der Bedingungen handelte, so kamen bei der Besprechung der Steuerfrage sich scharf entgegengesetzte Auffassungen zum Vorschein. Wir glauben aber nicht sehr zu geben, wenn wir sagen, daß hier die Schärfe des Gegenlatzes weniger aus der Sache selbst stammte, als daher, daß die Diskussion an einen nützlichen konkreten Fall anknüpfte. Auch die Debatte über den Massenstreik hat ja darunter, daß sie zu einer unglücklichen Zeit hervorgerufen wurde und daß sie mehr auf vorhergehende Zeit herbeizuführen und „Potenzen“ zugeführt wurde, als auf die Kernfrage. In weit höherem Grade war das aber bei der Steuerfrage der Fall. Genosse Emmel hatte durchaus recht, wenn er ausführte, daß eigentlich keine der vorliegenden Resolutionen befriedigen könne, scharflich auch keine, die endgültige Lösung bringe, und das erst dann, wenn die Differenz in der Fraktion über die Deckungsfrage nicht mehr einseitig, eine theoretisch wie praktisch befriedigende Formulierung gefunden werden könne.

Tatsächlich wird der Beschluß des Parteitages, die Annahme der Wärmischen Thesen, nur als vorläufige Erledigung der Frage aufgefaßt werden können. In einer Erklärung, die einige Hamburger Delegierte einreichten, wird denn auch festgestellt, daß es „Ja“ lediglich die Zustimmung zum Prinzip bedeute, nicht aber zu den Einzelheiten. Und scharflich ist auch von anderen Parteitagsteilnehmern das Votum nicht als für allezeit die kritische Erörterung des Themas überflüssig machend oder gar ausschließend gedacht worden.

In diesem Zusammenhang muß übrigens gesagt werden, daß, wenn man der Fraktion Vorwürfe machen will, man auch einsehen soll, daß mindestens dieselbe Schuld auch die Partei selbst trifft! Wir haben — und das reicht sich jetzt — seit einiger Zeit uns gewöhnt, bei Militär- und Flottenforderungen die finanzielle Seite der Sache allzusehr zu betonen, in der Presseerörterung wie in der mündlichen Agitation. So kam es dann, daß nach Scheidemann im Volke die Meinung aufkommen konnte, nachdem die Deckung durch direkte Abgaben der Reichen und Wohlhabenden vorgezogen sei das Schlimmste abgewendet. Das hängt wiederum damit zusammen, daß die sozialdemokratische Agitation nicht gründlich genug getrieben wurde, nicht tief genug ein. Wie aus den Be-

richtigen bekannt, ist das auch auf dem Parteitag ausgesprochen worden, und die Zustimmung, die solche Ausführungen fanden, läßt erkennen, daß man sich allseitig der Bedeutung einer prinzipiellen Klärung bedauert ist.

### Mannheimer Volksstimme:

Der Parteitag 1913 ist den Bahnen fremd geblieben, in denen die Partei seit Jahrzehnten von Erfolg zu Erfolg geschritten ist. Das Ergebnis, das, wie in den zahllosen Nachrufen zu Ehren Webers, so auch in den Eröffnungsreden am Sonntagabend abgegeben wurde, in Webers Geiste weiter arbeiten zu wollen, war kein leeres Versprechen. Der Parteitag hat mit großer Mehrheit die Revolutionsromantik abgelehnt, der seit einiger Zeit von einer kleinen Gruppe innerhalb der Partei das Wort geredet worden war. Diese Tatsache brüht ihm sein Gepräge auf. Die Partei steht fest zu ihren alten Grundzügen, sie ist sich aber auch der Verantwortung bewußt, die sie in uns so höherem Grade zu tragen hat, je stärker sie wird und je mehr sie in die öffentlichen Körperlichkeiten eintritt und das ganze öffentliche Leben durchdringt.

In der Leistungsfähigkeit und das politische Gesicht der Partei werden heute höhere Anforderungen gestellt als in früheren Zeiten. Will sie das Vertrauen der großen Massen, die sie erobert hat, festigen, so muß sie ein zweifaches Amt: ihren revolutionären Glanz bewahren und zugleich den Gegnern die gründlichsten praktischen Zugeständnisse abringen. Diese beiden Gesichtspunkte sind in Jena gleichermäßen zur Geltung gebracht worden. Allerdings beharrte es dabei eines erneuten Unterrichts in dem ABC der sozialdemokratischen Politik, das seit dem Eisenacher Kongress immer und immer wieder eingebracht werden mußte. Von Zeit zu Zeit tauchen immer wieder einzelne Kaffelkammer und Molte, Wilsberg und Werner auf, die vom alten Wege abirren, die praktische Arbeit unterschätzen oder gar missachten und in der Konsequenz auf eine Politik der völligen Negation losstürzen.

In den letzten Monaten waren es besonders Rosa Luxemburg und Pannekoek, die der Wert der parlamentarischen Arbeit nach allen Regeln der Kunst herabzusetzen und Kampfmethoden empfinden, die sich in der denkbarsten Weise der fundamentalistischen Politik nähern. Wenn dieses Taktik in Frankreich, in Italien und in anderen Ländern nicht völlig überwunden ist, so hat das seinen Grund in dem Mangel an starken Organisationen in jenen Ländern. Wir im Vaterland haben aber mit unseren gut entwickelten Partei- und Gewerkschaftsorganisationen viel zu viel zu verlieren, als daß wir sie leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen. Der Verlauf des Jenaer Parteitages bürgt uns dafür, daß die Partei nicht in die Fehler der Syndikalisten verfallen wird.

Der etwas summarische Ausschluß Nabels wird in vielen Parteiblättern verurteilt, die „Leipziger Volkszeitung“ hält auch den Beschluß über die Aufhebung der Beschlüsse zur P. W. S. für ungeeignet. Dagegen sagt unser Parteiblatt in Essen:

„Die Entscheidung in der Frage der politischen Sonderorganisation bedauert wir nicht. Nach den Erfahrungen, die wir im Industriegebiet mit dieser Organisation gemacht haben, glauben wir, daß mit Recht das auf dem Beschluß von 1906 beruhende Verhältnis gelöst wurde. Wir haben politische Sonderorganisationen angebahnt, an die politische Sonderorganisation abgeben, um diese vorwärts zu bringen, es hat gar nichts genützt, die Organisation blieb ein totes totes Kind. Innerhalb der deutschen Partei kann allen berechtigten Wünschen der politischen Genossen Rechnung getragen werden; die Gefahr jeder Sonderorganisation, daß sie sich entfernt von dem Willen und Wirken des Gesamtkörpers, in bei einer politischen Sonderorganisation größer, weil hier nationale, unsozialdemokratische Tendenzen ihr Weis werden.“

### Rehlich teilt das „Wochener Volksblatt“:

„Der Entscheidung in der Frage der P. W. S. stimmen wir aus ziemlich intimer Kenntnis der Verhältnisse zu.“

Und die Duisburger Parteizeitung sagt: „In der Polenfrage ist so entschieden worden, wie es die Mehrzahl der Parteigenossen, die in polnischen Sprachgebieten zu arbeiten haben, für richtig hält, nämlich im Sinne der Einheitsorganisation.“

## 55. Versammlung

### Deutscher Naturforscher und Ärzte

Wien, 25. September 1913.

Aus den Verhandlungen der diesjährigen Naturforscherversammlung wollen wir einige besonders interessante Vorträge herausgreifen. So hatte Ritter, Berlin in der Abteilung für Kinderheilkunde die Ursachen von Ernährungsstörungen bei Säuglingen auf. Manchmal zeigen sich Krankheitserscheinungen bei Kindern, die mit Fieber einhergehen, ohne daß eine Ursache zu erkennen wäre. So kam es in der Klinik des Redners vor, daß ihm einmal ein aufsteigendes Kind erkrankte, dieses Kind gebracht wurde, das Fieber von 38,2 Grad hatte und keine schwereren Krankheitserscheinungen aufwies. Er ließ das Kind 6 Stunden hungern, worauf das Fieber verschwand. Als die Mutter das Kind zur Brust nahm, trat neuerlich Fieber ein. Damit war klar, daß die Ursache in der Muttermilch liegen müsse. Man gab das Kind einer anderen Stillenden und es blieb gesund. Als die Mutter der Mutter unterzucht wurde, ergab diese einen außerordentlich hohen Fettgehalt bis zu 10 Prozent, viel er bisher in der Literatur unbekannt ist. Die Phosphorabscheidung des Kindes war sehr groß. Der Vortragende empfiehlt deshalb stets die Untersuchung der Phosphorabscheidung, um den Gesundheitszustand von Kindern ermitteln zu können. Es zeigte sich aber auch, daß Kinder an Verdauungsstörungen litten, wenn die Muttermilch fettarm war. Es mußte dann fettere Milch gegeben werden. In der Diskussion wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Fettreichtum der Milch durch zu wenig Wasserzugesatz zur Ernährung der Stillenden entstehen kann. Ja, es kam schon bei Erwachsenen vor, daß Fieber sich zeigte, wenn das Wasser in der Ernährung zu gering war. Professor Eppstein-Wien sagte, daß bis vor kurzem die Ansicht vertreten wurde, daß Frauenmilch ausnahmslos allen anderen Ernährungsarten vorzuziehen sei; jetzt tritt ein Wandel ein, denn es können Kinder bei der Muttermilch ein Gewicht abnehmen und verhungern. Schon im Volksgarden hat sich seit alter Zeit die Meinung erhalten, daß fettere Milch Ernährungsstörungen verursache.

### Neue Wege der Impfbekämpfung

zeigte Universitätsprofessor Kauditz Prag, Unies Straßburg, daß in Nordböhmen bis 99,6 Prozent der Kinder ungenüpf bleiben, teilt Kauditz seine Vorschläge zu einer planmäßigen Bekämpfung des Impfgewinns mit. In den Beobachtungen müssen Hinweise auf die Gefährlichkeit der Blätter entstehen sein. Außerdem wünscht der Redner, an die Militärärztliche Aufklärungsschriften über die Wirksamkeit der Subjodentimpfung zu verbreiten. Aber hierbei verlagte schon der komplizierte Mechanismus der böhmischen Behörden. Der Referent der böhmischen



